Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 263. Dienstag, den 9. November 1915. 22. Jahrg.

Der neue Wertzoll.

Zu den vielen Ursachen der Teuerung, unter der breite Volksschichten bang stöhnen, gehört auch der Wertzoll, der von allen aus dem neutralen Auslande eingeführten Waren seit Kriegsbeginn erhoben wird.

Zwar hat der Bundesrat die Einführung dieser Zölle nie beantragt, der Reichstag ihn nie beschlossen. Im Gegenteil: fast vom ersten Kriegstage an wurden viele Zölle, die bisher von eingeführten Lebensmitteln nach Gewicht, Volumen oder Stückzahl erhoben worden sind, aufgehoben. Woher also der neue Wertzoll?

Der neue Wertzoll ist sehr gegen den Willen der Regierung eingeführt worden. Er ist eine bedauerliche Kriegsfolge. Seine Ursache ist die Verschlechterung der Währung. Das Weltgeld ist Gold. Gold aber wird sorgsam als Deckung der Banknoten in jedem Lande aufgehäuft. Je höher die Golddeckung, desto größer die Liquidität des zentralen Noteninstituts und die Möglichkeit der Banknotenausgabe gegen Reichsschatzwechsel.

Auch im Frieden wird das Weltgeld Gold nur gelegentlich benutzt und viel Eifer auf seine Vermeidung gelegt. Die Kosten des Goldtransports, die Prämien für seine Versicherung, der Zinsverlust für die Versendungszeit, endlich die Gebühren für Kauf und Verkauf der zum Versand bestimmten Goldmünzen sind nicht unerheblich. Es wird daher die Zahlung in Devisen vorgezogen, d. h. in Wechseln, die auf ausländische Plätze lauten. Nur wenn die Nachfrage nach Devisen so groß ist, daß der Kurs infolge geringen Angebots auf einen Punkt steigt, der gleich ist dem Goldpreise mit den Versendungskosten, wird der Export von Gold rentabler als der Kauf von Devisen. Der obere Goldpunkt ist erreicht. Umgekehrt: Wenn das Angebot an ausländischen Zahlungsmitteln so groß ist, daß ihr Preis auf einen Punkt sinkt, der gleich ist dem Goldpreise weniger den Versendungskosten, so fährt das Ausland besser, wenn es Gold nach Deutschland einführt. Der untere Goldpunkt ist erreicht.

Die Regierung der Devisenkurse durch Goldausfuhr oder -einfuhr hat aber wegen des allgemeinen Bestrebens der Zentralnotenbanken aufgehört, einen großen Goldvorrat aufzuschatzen. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage von und nach ausländischen Zahlungsmitteln beherrscht souverän den Markt. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage hat sich aber infolge der Verschiebungen in der Zahlungsbilanz aller kriegführenden Länder sehr geändert.

Schon vor dem Kriege war die Handelsbilanz der Industriestaaten passiv: die Einfuhr war größer als die Ausfuhr. Noch Bismarck hat geglaubt, daß eine dauernd passive Handelsbilanz ein Land ruiniere, weil es mehr an das Ausland zu zahlen habe, als es von ihm erhalte. Die Tatsache aber, daß gerade die Länder mit passiver Handelsbilanz die reichsten sind, macht offenbar, daß Fürst Bismarck, der sich überhaupt in der Volkswirtschaftspolitik nicht als Meister gezeigt hat und von seinen Ratgebern abhängig war, einem Trugschluß zum Opfer gefallen ist. Die Handelsbilanz ist nicht identisch mit der Zahlungsbilanz, von der sie aber ein wichtiger Teil ist. Was Deutschland oder England für Waren an das Ausland mehr zu zahlen haben, als sie von dort beziehen, das gleichen sie überreichlich durch den Bezug von Geld aus, das sie als Zins für ausgeliehene Kapitalien oder als Entschädigung für Frachtdienste ihrer Flotten zu fordern haben.

Im Kriege ist nun das Mißverhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr fast in allen kriegführenden Staaten noch größer geworden, besonders weil sich auch die Preise der eingeführten Waren enorm erhöht haben. Schon durch die größere Passivität der Handelsbilanz wird die Zahlungsbilanz berührt. Dieser Einfluß wird noch dadurch gesteigert, daß die Geldzuflüsse anderer Art aus dem Auslande gering sind. So fallen die Frachtdienste der Flotten für das Ausland weg oder verringern sich doch sehr. Zinsberechtigte Aktien und Schuldverschreibungen werden zurückverkauft, weil Geld für die Kriegsanleihen flüssig gemacht werden muß. Schließlich werden im Auslande sogar schwebende Kredite oder langfristige Anleihen aufgenommen, wodurch die kriegführenden Staaten an das Ausland zinspflichtig werden.

Alle diese Umstände wirken in derselben Richtung: das Angebot von ausländischen Zahlungsmitteln zu verringern und die Nachfrage danach zu steigern.

Die Entwertung der deutschen Währung gegenüber der Hollands und der der Vereinigten Staaten beträgt etwa 17 Prozent. Ihre ganze schädliche Wirkung würde sich aber erst im Frieden offenbaren, wenn die Bezüge Deutschlands aus diesen Ländern größer würden. Doch ist die Verschlechterung der Währung noch fatal genug: sie trägt einen unsicheren Faktor in jede Rechnung und entwertet die deutschen Forderungen auf das Ausland soweit sie auf Mark lauten. Volkswirtschaftlich ist aber der augenblickliche Schaden für Deutschland nicht allzu groß, weil Deutschland, was es bei seinen wenig umfangreichen Käufen im neutralen Auslande durch Bezahlung mit seinem unterwertigen Geld verliert, bei Käufen in Oesterreich-Ungarn gewinnt, wo deutsches Geld mit 25 Prozent überwertet ist. Die Entwertung der österreichischen Währung ist fast so groß wie die der russischen und beträgt gegenüber schweizerischem Gelde 40 Prozent, gegenüber dem schon unterwerteten deutschen aber 25 Prozent!

Schon öfters hat die österreichische Regierung durch Aufnahme von Anleihen bei deutschen Banken die Verschlechterung der Währung hemmen wollen. Die deutschen Banken haben sich nicht allen Wünschen gefügig gezeigt und weniger gegeben, als von ihnen verlangt worden ist. Doch haben sie neue Hilfe nach Abschluß der dritten Kriegsanleihe zugesagt. Daher kauft die Börsenspekulation jetzt österreichische Werte in der Hoffnung, später dafür mehr Mark zu erhalten, als jetzt dafür gezahlt wird.

Ebenso wie Oesterreich-Ungarn haben England und Frankreich die Entwertung ihrer Währung durch Aufnahme einer Anleihe von 500 Millionen Dollar zu bekämpfen versucht. Zweck der Uebung ist, auf diese Weise Guthaben in fremder Währung zu schaffen, die der reguläre Verkehr nicht erzeugt, und damit die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln zu befriedigen. Zwar haben sich Frank und Sterling dadurch etwas erholt, ihren normalen Kursstand aber nicht erreicht. Das ist für Frankreich und England unendlich schmerzlicher, als für Deutschland, die Entwertung seiner Währung, weil sie im Gegensatz zu Deutschland viel aus den Vereinigten Staaten beziehen. Besonders schwer trifft die Entwertung des Sterlings England, auf Sterling lauten die Wechsel im Ueberseeverkehr, London ist das Clearinghouse der Welt. Damit ist es aus, wenn die Schuldner nur Sterling benutzen kann, um zu derselben [illegible] zu zahlen, und wenn die Schwierigkeiten der Zahlungen ein ungebührliches Risiko bedeuten, das das Erwerben eines Sterlingwechsels ohne Not nur sich [illegible] läßt. Das darf auch nicht übersehen werden, daß in den Entwicklungsländern die Lage gespannt bleiben, in den Mittelmächten aber großer Auswertung ist. Allerdings kommt dazu [illegible] Einfluß. Denn wird es gelten, ein [illegible] zu finanzieren, und [illegible] die Währungsfragen [illegible] Problem des Tages werden, besonders [illegible] mit gelassener Ruhe die Auflage eines [illegible] Wertzolles auf alle Lebensmittel ertragen werden [illegible] je nach dem Kriege aus dem Auslande [illegible] müssen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die deutschen Truppen und deren Verbündete nähern sich immer mehr den mittelserbischen Gebieten und besetzen in Gemeinschaft mit den Bulgaren immer größere Länderstriche derselben. Von Norden, Westen und Osten drängen die Verbündeten gegen die serbische Heeresmacht und zwingen sie, sich aus ihren Stellungen nach Süden zurückzuziehen. Durch die nunmehr erfolgte Einnahme von Krusevac dürfte die Orientbahn in den nächsten Tagen für die Verbündeten frei sein. Wie Kriegsberichterstatter zu melden wissen, sollen rund **40 000 Serben** bereits in die Hände der Verbündeten gefallen sein; außerdem sind **340 Geschütze, 100 000 Gewehre,** zahlreiche Maschinengewehre, 15 Minenwerfer und zahlreiches anderes Kriegsmaterial erbeutet. Das sind Verluste, die sich den Serben außerordentlich fühlbar machen werden.

In einer Ansprache, die der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow vom Ministergebäude aus an die Volksmenge hielt, sagte er, wie die halbamtliche bulgarische Telegraphenagentur meldet, die bulgarische Nation habe endlich ihre geschichtlichen Wünsche verwirklicht und jene Städte in ihren Schoß zurückkehren lassen, die ihr vor vierzig Jahren entrissen wurden. Die Staatsmänner würden das, was das Heer mit seinem Blute erobert habe, zu wahren wissen. Damit hat der Leiter der bulgarischen Regierung das bulgarische Kriegsziel bekanntgegeben. Bulgarien will nicht nur das serbische Mazedonien haben, das Serbien durch den zweiten Balkankrieg gewonnen hat; auch Pirot und Nisch, die der Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878 Serbien zugesprochen hatte, sollen jetzt bei Bulgarien verbleiben.

Das neue griechische Ministerkabinett hat Venizelos und seinen Freunden bereits eine Absage erteilt. Es hat den Gesandten den Entschluß auf Aufrechterhaltung der Neutralität notifiziert.

Kitchener, dessen Aufgabe es ist, den Krieg möglichst in die Länge zu ziehen, will sich nach dem Osten begeben. Jedenfalls will oder soll er die verfahrene Balkan- und Orientaktion retten. Ob er dauernd die Leitung der militärischen Aktion auf dem Balkan übernehmen und damit aus dem englischen Kriegsamt ausscheiden will, bleibt abzuwarten.

Die deutsche Marine hat einen Verlust erlitten. Der kleine Kreuzer „Undine", der 1902 vom Stapel gelaufen ist und mit 281 Mann bemannt war, ist südlich der schwedischen Küste von einem feindlichen Unterseeboot zum Sinken gebracht worden. Es ist erfreulich, daß fast die ganze Besatzung gerettet worden ist, so unangenehm natürlich auch der Verlust des Schiffes ist.

Die „Nordd. Allg. Ztg." wandte sich vor einigen Tagen gegen die Meldung des Haager Korrespondenzbureaus, in Amsterdam hätten kürzlich deutsche Reichstagsabgeordnete geweilt, um über die Möglichkeit der Einleitung von Friedensverhandlungen zu sondieren. Das Korrespondenzbureau hält trotzdem seine Behauptung aufrecht und teilte mit, eine der Reichstagsabgeordneten, der an den Besprechungen teilgenommen habe, sei unser Gen. Dr. August Erdmann aus Köln gewesen. Hierzu schreibt nun unser Amsterdamer Parteiblatt „Het Volk", es könne die Mitteilung des Korrespondenzblattes aufs sicherste widerlegen. Allerdings sei Dr. Erdmann in Amsterdam gewesen, [illegible] in Verbindung mit Besprechungen zur [illegible] Zum Besuch sei ganz persönlicher [illegible] Dr. Erdmann [illegible] Erklärung bestätigt.

*

WTB. Großes Hauptquartier, 8. November. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den Vogesen schlossen sich nordöstlich von Zelle an die Besetzung eines feindlichen Minentrichters durch unsere Truppen lebhafte Nahkämpfe mit Handgranaten und Minen an. Am Hilsenfirst wurde dem Gegner ein vorgeschobenes Grabenstück entrissen. Leutnant Immelmann schoß gestern westlich von Douai das 6. feindliche Flugzeug ab, einen mit 3 Maschinengewehren ausgerüsteten englischen Bristol-Doppeldecker.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Südlich und südöstlich von Riga, ferner westlich von Jakobstadt, beiderseits der Eisenbahn Mitau—Jakobstadt und vor Dünaburg griffen die Russen nach starker Feuervorbereitung mit erheblichen Kräften an. Ihre Angriffe sind teils unter schweren Verlusten für sie abgeschlagen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen.

Russische Angriffe nordwestlich von Czartornisk blieben erfolglos. 3 Offiziere und 271 Mann fielen als Gefangene in unsere Hände.

Balkankriegsschauplatz.

Oesterreichisch-ungarische Truppen haben Iwanjica und den Vijenac (896 Meter), 7 Kilometer nördlich davon, erreicht. Deutsche Truppen sind im Angriff auf die Höhe südlich von Kraljevo. Zwischen Kraljevo und Krusevac wurde die westliche Morava an mehreren Stellen überschritten. Krusevac wurde bereits in der Nacht vom 6. auf den 7. November besetzt. Ueber 3000 Gefangene sind unverwundet gefangen und 1500 Verwundete wurden in den Lazaretten gefunden.

Die Beute besteht, soweit bisher festgestellt wurde, in 10 Geschützen, viel Munition und Material, sowie erheblichen Verpflegungsvorräten.

Im Tal der südlichen (Binacka) Morava wurde Pratanac durchschritten.

Oberste Heeresleitung.

*

Die Kriegslage.

Wien, 8. November. Amtlich wird berichtet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Sapanow und an der Ikwa, am Korminoach und westlich von Czartornysl wurden russische Angriffe abgeschlagen. Sonst nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Ruhe an der Südwestfront hielt auch im allgemeinen gestern an. Im Nordabschnitt der Hochfläche von Doberdo hatten unsere Truppen wieder einzelne Vorstöße des Feindes abzuweisen. Um den Col di Lana wurde heftig gekämpft. Nachmittags fiel

die Spitze dieses Berges in die Hände der Italiener. Abends wurde sie von unsern Truppen durch Gegenangriffe zurückgewonnen. Die feindliche Artillerie hat das Feuer auf die Südfront von Riva eröffnet.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die beiderseits des Moravica-Tales vordringenden österreichisch-ungarischen Kolonnen warfen den Feind aus seiner Höhenstellung südlich von Ivanjica. Die deutschen Truppen der Armee des Generals der Infanterie von Köveß kämpfen auf den Höhen südlich von Kraljewo; flußabwärts bei Trestenik haben sich unsere Streitkräfte den Uebergang über die hochgehende Morawa erkämpft. Krusevac und die Höhe östlich davon sind in der Hand des Generals von Gallwitz. Die bulgarische Armee gewann in erfolgreichem Fortschreiten die Uebergänge in das Becken von Leslovac.

Der Balkankrieg.

Die Hilfstruppen für Serbien.

Blättermeldungen aus Saloniki zufolge sind die Bewegungen des Expeditionskorps in Südmazedonien infolge Mangels an Eisenbahnen und Straßen äußerst langsam. Die Hilfsquellen des Landes sind außerdem durch die Balkankriege erschöpft; man begegnete immer wieder unerwarteten Schwierigkeiten. Kürzlich mußten die Franzosen, da keine Pferde vorhanden waren, ihre Batterien mit Büffeln in Stellung bringen; ferner ist die Witterung ungünstig, alle Wege und Straßen sind von den letzten Regengüssen aufgeweicht und grundlos.

•

Geldnot in Montenegro.

Montenegro hat von der französischen Regierung einen neuen Vorschuß von anderthalb Millionen Franken erhalten.

•

Griechenland bleibt neutral.

Aus Athen wird gemeldet: Das neue Ministerium notifizierte den Gesandten der Mächte den Entschluß auf Aufrechterhaltung der Neutralität.

Nach Mitteilungen aus politischen Kreisen wird die Kammer in 10 Tagen vertagt werden, da dann die verfassungsmäßig vorgesehene Dauer von drei Monaten für die regelmäßige Session erfüllt ist. Die Venizelisten wollen dieser Lösung zustimmen, die gestatten würde, eine Auflösung und Neuwahlen zu vermeiden, deren Ergebnis angesichts der Mobilmachung ungewiß ist.

Der Seekrieg.

Ein englischer Hilfskreuzer torpediert.

Reuter meldet aus London: Die Admiralität teilt mit, daß am 5. November der englische Hilfskreuzer „Tara" durch zwei deutsche U-Boote im östlichen Mittelmeer angegriffen und versenkt wurde. Von der Besatzung werden 34 Mann vermißt. Der in Glasgow beheimatete Dampfer war 6322 Bruttoregistertons groß und gehörte der „British India Steam Navigation Company."

•

Den Verlust weiterer englischer Schiffe

meldet der Vertreter von „Aftonbladet": In Bergen traf die Mannschaft des auf eine Mine gestoßenen norwegischen Dampfers „Eidsivar" ein. Die Mannschaft wurde durch ein englisches Wachtschiff gerettet, das unmittelbar darauf sich beeilen mußte, neue Ertrinkende zu retten, da in der Nähe des Wachtschiffes zwei andere englische Wachtschiffe, ein englischer Hilfskreuzer und ein Torpedoboot sanken. Auch ein Patrouillenfahrzeug ist gesunken.

Die Besatzung des norwegischen Dampfers „Eidsiva", der am 31. Oktober bei Dover in die Luft flog, ist nach Bergen zurückgekehrt. Die Leute erzählen: In der Nacht auf Sonntag lagen wir mit zwei englischen Handelsschiffen zusammen und setzten morgens unsere Reise fort. Um 8 Uhr waren unsere drei Schiffe an der Seite eines englischen Torpedobootes und eines Hilfskreuzers. Plötzlich fand eine Explosion statt, die vermutlich durch eine Mine hervorgerufen wurde. In 10 Minuten sanken die „Eidsiva" und die beiden englischen Handelsschiffe, noch schneller die beiden Kriegsschiffe, die wie weggeblasen waren, vermutlich weil sie größere Munitionsmengen führten. Wir Norweger waren alle auf Deck und retteten uns in Schiffsbooten. Zwei Matrosen wurden verwundet sie liegen jetzt im Lazarett zu Dover. Wir bestätigen, daß von den Engländern 40 Mann ertranken. Ueber 100 liegen im Lazarett. In Dover glaubte man, weil 5 Schiffe auf einmal gesunken waren, daß ein deutsches Unterseeboot die Ursache sein müsse.

•

Versenkte Schiffe.

Nach einer Lloydmeldung ist der Londoner Dampfer „Woolwich" (2936 Bruttoregistertons) gesunken. Die Besatzung wurde gerettet. — Reuter meldet aus Grimsby: Der englische Dampfer „King William" ist versenkt worden. 7 Mann der Besatzung wurden gelandet, der Kapitän und ein Mann der Besatzung werden vermißt. — Der englische Postdampfer „Akassir" wurde versenkt. Drei Mann von der Besatzung wurden gerettet. Die Leiche eines Steuermannes wurde geborgen. — Das englische Dampfschiff „Lady" aus Plymouth lief in London mit 35 Mann von der Besatzung des französischen Dampfers „Calvados" an Bord ein.

Die Kämpfe im Orient.

Das türkische Hauptquartier

teilt unterm 8. November mit: An der Dardanellenfront bei Krithia machte unsere Artillerie ein Geschütz einer feindlichen Batterie bei Purna-Tepe unbrauchbar und brachte ein Munitions-Depot zur Explosion. In diesem Abschnitt fanden das gewöhnliche Infanterie- und Artilleriefeuer sowie Bombenkämpfe statt. Unsere Bomben führten in den feindlichen Schützengräben beträchtliche Wirkung herbei. Bei Sedd-ul Bahr am rechten Flügel lebhaftes Artilleriefeuer. Eine Mine, die der Feind auf dieser Front sprengen ließ, verursachte in seinem Schützengraben Schaden infolge einer Gegenmine. Sonst nichts zu melden.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Preußische Verlustliste Nr. 374

enthält folgende Truppenteile:

Gouvernement Antwerpen.

Infanterie usw.: Garde: Garde-Reserve-Jäger-Bataillon. — Grenadier- bezw. Infanterie-, bezw. Füsilier-Regimenter Nr. 1 (i. Res.-Inf.-Regt. Nr. 281), 8 (i. Res.-Lazarett Beeskow), 13, 14, 15, 17, 18, 21, 26, 28, 30, 34, 35, 41, 42, 43, 44, 48, 52 (i. Res.-Inf.-Regt. Nr. 52), 53, 56, 61, 66 (i. Inf.-Regt. Nr. 158), 78 (i. Res.-Inf.-Regt. Nr. 15), 83 bis einschl. 88, 116, 117, 118, 128, 129, 130, 131, 135, 136, 137, 138, 142, 144, 145, 146, 147, 151, 152, 153, 154, 156, 157, 165, 375, 376, 378. — Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 8, 15, 17, 18, 19, 21, 31, 32, 35, 51, 52, 53, 55, 60, 57, 118, 209, 217, 219, 222, 223, 224, 225, 227 bis einschl. 231, 250, 252 bis einschl. 257, 259, 261, 262, 263, 265. — Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 8, 18 (i. auch Landw.-Inf.-Regt. Nr. 84), 21, 28, 31, 46, 47, 48, 51, 52, 53, 55, 60, 76 (i. Res.-Inf.-Regt. Nr. 69), 84, 87. — Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 9. — Landsturm-Infanterie-Bataillone: 3. Aachen, 2. Küstrin, Eibach, 1. Görlitz, 2. Magdeburg, Malmedy, 1. Schroda, 2. Spandau. — Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 1. Allenstein, Saarburg, 1. und 2. Straßburg i. E. — Landsturm-Infanterie-Ausbildungs-Bataillon Posen. — Jäger-Bataillon Nr. 7 (i. Res.-Inf.-Regt. Nr. 255), 8 und 11; Reserve-Bataillone Nr. 8 und 15. — Radfahrer-Kompagnien Nr. 150 und Thorn NO (jetzt Nr. 156). — Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 203; Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 126 (i. Res.-Inf.-Regt. Nr. 19).

Kavallerie: Pionier-Abteilungen der Garde- und der 6. Kavallerie-Division siehe Pioniere. 3. Garde-Ulanen. Kürassiere Nr. 7 und 8; Dragoner Nr. 19; Husaren Nr. 13 und 16; Ulanen Nr. 9; Reserve-Ulanen Nr. 2 und 6.

Feldartillerie: 1. Garde-Regiment. Regimenter Nr. 14, 34, 47, 54, 79, 96 (i. Feldart.-Regt. Nr. 54), 107, 108, 111; Reserve-Regimenter Nr. 7 und 68; Landwehr-Regiment Nr. 2.

Fußartillerie: 1. Garde-Reserve-Regiment. Regimenter Nr. 2 und 9; Reserve-Regimenter Nr. 14 und 17. Fußartillerie-Batterien Nr. 117 und 384.

Pioniere: III. Garde-Bataillon. Pionier-Abteilung der Garde-Kavallerie-Division. Regimenter Nr. 19, 24, 30, 31; Bataillone: II. Nr. 1, II. Nr. 3, I. Nr. 5, II. Nr. 8, I. Nr. 9, I. Nr. 14, I. Nr. 16, I. Nr. 21, I. Nr. 26, II. Nr. 27, I. Nr. 28; Kompagnien Nr. 107 und 250. Pionier-Abteilung der 6. Kavallerie-Division. Leichter Festungs-Scheinwerferzug Nr. 23. Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 155; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 33.

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahndirektion Nr. 3. Panzerzug Thorn II. Fernsprech-Doppelzug Nr. 205 der 5. Landwehr-Division. Leichte Kraftwagenkolonnen Nr. 3, 5, 9 (alle drei i. Kavallerie-Lastkraftwagenkolonne Nr. 29 der 9. Armee). Kavallerie-Lastkraftwagenkolone Nr. 29 der 9. Armee.

Train: Staffelstab 286 (i. 1. Landwehr-Artillerie-Munitionskolonne des XVIII. Reservekorps). Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 3 des I. Armeekorps. Feldbäckereikolonne Nr. 105 der 105. Infanterie-Division.

1. Landwehr-Artillerie-Munitionskolonne des XVIII. Reservekorps.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 3 des Garde-Reservekorps, Nr. 2 des IV. und Nr. 3 des XVI. Armeekorps. Reserve-Lazarett Beeskow.

Armierungs-Bataillone.

Etappen-Kommandantur Hirson.

Feldpostexpedition der 38. Infanterie-Division.

Sächsische Verlustliste Nr. 222.

Württembergische Verlustliste Nr. 295.

Serbische Stimmungen.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters Dr. Ad. Köster.)

Aus dem Felde.

Vuiasin Petrovic, ehemaliger serbischer Finanzminister, besonders bekannt durch seine austrophile Mitarbeit unter dem alten Regime Milans und Alexanders, sprach sich über die augenblickliche Krise seines Vaterlandes folgendermaßen mir gegenüber aus: Dieser Krieg wird geführt nicht zwischen Serbien, sondern zwischen Rußland und den Mittelmächten. Er hat seinen Ursprung nicht in dem Mord von Serajewo, sondern in der neuen russophilen Wendung der serbischen Politik, die mit der von Rußland betriebenen Heirat zwischen Alexander und Draga ihren eigentlichen Anfang nahm. Diese russophile Politik hat Serbien ins Unglück gestürzt, denn Serbien ist immer das Stiefkind, niemals wie Bulgarien das Lieblingskind des Zarenreiches gewesen. Das hat sich noch in den letzten Wochen gezeigt, als Rußland aus Rücksicht auf Bulgarien uns hinderte, früher und zur rechten Zeit gegen Bulgarien loszuschlagen.

Auf meine Frage, ob während des Krieges eine Strömung vorhanden gewesen sei, sich mit den Mittelmächten zu arrangieren, antwortete Petrovic, daß man das von der jetzigen Regierung, die mit strenger Zensur die öffentliche Meinung in Fesseln schlage, nicht behaupten könne; dagegen sei in den letzten Monaten, besonders in den alten austrophilen Kreisen des Königreiches, eine derartige Tendenz immer stärker geworden. Ganz Serbien kämpfe heute geschlossen für seine Selbständigkeit, aber für eine Neuorientierung der serbischen Politik könne man sich schon heute auf die liberale und die sozialdemokratische Partei, auf die Intelligenz der Vergangenheit und auf die Mehrheit des Volkes verlassen.

Petrovic, der in Deutschland studiert und besonders die Schriften Friedrich Lists kennen gelernt hat, zweifelt nicht, daß der Sinn und das Ziel dieses Krieges in Deutschlands lückenlosem Anschluß an den Orient liegt, aber er glaubt zugleich, daß ein neuorientiertes, wenn auch im Osten und Süden verkleinertes Serbien neben und in dem künftigen mitteleuropäischen Staatenblock möglich ist.

Die amerikanische Note an England.

Reuter verbreitet folgende ausführliche Meldung über die amerikanische Note an England: Die Note erklärt, die Behauptung Englands, es bestehe die Gefahr, daß einige für militärische Zwecke brauchbare Waren aus den neutralen Ländern zum Feinde gelangen, könne nicht als eine gerechte gesetzliche Grundlage für Gegenmaßregeln betrachtet werden, da sie zu viel Gelegenheit zu Mißbräuchen der Kriegführenden gäbe. Bei der Anlegung eines solchen Maßstabes könnten die Kriegführenden das Recht der Neutralen auf freie See ganz hinfällig machen. Die Vereinigten Staaten könnten mit einer solchen Bestimmung sich nicht zufrieden geben und verlangten das Recht, alle Güter, die neutrale Länder benötigten, zu verkaufen. Wenn Güter, die bedingte Bannware sind, über ein neutrales Land nach einem feindlichen Lande bestimmt seien, so sei diese Tatsache allein nicht ausreichend, um eine Beschlagnahme zu rechtfertigen. Die Vereinigten Staaten müßten deshalb gegen die Beschlagnahme von Schiffen auf den bloßen Verdacht hin Beschwerde erheben.

Die Note wirft ferner die Frage auf, ob die Blockade effektiv sei und weist auf die bekannte Tatsache hin, daß die deutschen Häfen für den Verkehr mit Skandinavien offen stehen. Die Note erklärt ferner, daß es keinen genauer umschriebenen Grundsatz des Völkerrechts gebe, als den, der die Blockade neutraler Häfen in Kriegszeiten verbiete. Dann wird in der Note auseinandergesetzt, daß die Prisengerichte für den Schaden, der amerikanischen Kaufleuten zugefügt wird, keine genügende Vergütung zusichern. Die Regierung der Vereinigten Staaten macht die englische Regierung mit größtem Nachdruck darauf aufmerksam, daß sie dabei beharren muß, daß die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen nicht durch Zweckmäßigkeitsgründe, sondern durch die bindenden Regeln des internationalen Verkehrs geordnet werden. Die Vereinigten Staaten nehmen ohne Zögerung die Aufgabe auf sich, für die Unverletzlichkeit der Rechte der Neutralen gegen die Ungesetzlichkeiten der Kriegführenden einzutreten, die durch den großen Kampf, der jetzt die Länder Europas verwüstet, verbittert sind.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichstags-Dispositionen.

Es steht nunmehr fest, daß der Reichstag am 30. November seine Arbeiten wieder aufnimmt. Diese erste Sitzung dürfte eigentlich nur eine formelle Bedeutung haben, indem sie dazu dient, die Denkschrift der Regierung über die wirtschaftlichen Maßnahmen der Budgetkommission zu überweisen und die Lex Schiffer in dritter Lesung zu erledigen. Der Reichstag soll dann wieder vertagt werden, bis die Haushaltskommission die Denkschrift durchberaten hat. Die Plenarsitzungen werden dann die Zeit bis kurz vor Weihnachten in Anspruch nehmen. Dann ist wieder eine längere Vertagung beabsichtigt, bis der neue Etat dem Hause vorgelegt werden kann.

Ein Reichsnahrungsmittelamt

wurde in der letzten Sitzung des Finanzausschusses der bayerischen Kammer von sozialdemokratischer Seite gefordert. Der Hauptmangel der heutigen Nahrungsmittelversorgung liege in dem Fehlen einer einheitlichen Organisation. Das Reichsnahrungsmittelamt müsse Beschlußrecht haben hinsichtlich Preisfestsetzung, Enteignung und Verteilung und unterstellter Landesvermittlungs- und Bezirksversorgungsstellen. Die Generalkommandos sollten mit dieser Reichszentrale einmütig zusammenarbeiten. Die Reichszentrale hätte auf Grund der gemachten Erfahrungen Höchstpreise für Produktion, Klein- und Großhandel festzulegen, und zwar nicht nur für Nahrungsmittel, sondern auch für die Gegenstände des täglichen Bedarfs. Neben der Festsetzung von Höchstpreisen müßten Beschlagnahme und Verteilungsmaßnahmen einhergehen. Die Festsetzung der Milchhöchstpreise dürfe nicht durch die Städte erfolgen, sondern durch die Landesregierung für große Bezirke. Die Reichsregierung solle im Auslande Nahrungs- und Futtermittel aufkaufen und zu billigen Preisen, wenn auch mit Verlust, abgeben. Die erforderlichen Summen wären angesichts des Zweckes nicht übertrieben. Bei der bevorstehenden Bestandsaufnahme von Getreide und Mehl sollten die Landwirte ihre Angaben genauer machen als bei der Aufnahme der Kartoffelbestände. Von dem Ergebnisse hänge die wünschenswerte Erhöhung der Brotrationen und in zweiter Linie die Festsetzung der Ausmahlungsprozente ab.

Wo bleiben die Höchstpreise für Fisch und Wild?

Am gleichen Tage, an dem der Bundesrat die Verordnung über die fleischlosen Tage erließ, erschien auch seine Verordnung über die Fisch- und Wildpreise; mit ihr wurde der Reichskanzler ermächtigt, Grundpreise für Fisch und Wild festzusetzen, worauf dann auch die größeren Gemeinden zur Festsetzung von Höchstpreisen verpflichtet sein sollten. Es war also richtig vorausgesehen, daß die erste Maßnahme die zweite bedang: die Einführung fleischloser Tage mußte die Nachfrage nach Fischen erhöhen, man mußte mithin deren Preise sofort beschränken, um hier nicht eine neue Preistreiberei hervorzurufen. Aber leider hat dieser Einsicht die Ausführung nicht entsprochen. Der Reichskanzler hat von der ihm erteilten Ermächtigung zur Festsetzung von Grundpreisen von Fisch und Wild noch keinen Gebrauch gemacht. Und die übliche Folge ist, daß das Vorausgesehene nun wirklich eintrat: die Nachfrage der Wohlhabenden trieb die Preise stark in die Höhe, und diese Preistreiberei setzt sich munter fort, bis ihr ein Damm entgegengestellt wird. Das müßte nun mit größter Beschleunigung geschehen. Und dann werden natürlich nicht die gestiegenen Preise der letzten Tage, sondern die unbeeinflußten Preise, wie sie vor der Ankündigung der fleischlosen Tage bestanden, als Maßstab genommen werden müssen.

Eine Verordnung über Oele und Fette.

Der Bundesrat beschloß eine Verordnung über Oele und Fette. Sie hat den Zweck, die tierischen und pflanzlichen Oele und Fette, die für menschliche Ernährung verwendbar sind, für diese sicherzustellen und die Grundlage für eine angemessene Preisgestaltung zu geben. Die Verordnung setzt die Anzeigepflicht, Absatzbeschränkung und die Verpflichtung fest, die Vorräte an Oelen und Fetten dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette G. m. b. H. Berlin auf Abruf zu bestimmt vorgeschriebenen Preisen zu überlassen. Dem Kriegsausschuß liegt die Verteilung der Rohstoffe und der von ihnen hergestellten Erzeugnisse an die beteiligten Industrien ob. Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen hierüber. Er bestimmt insbesondere, an welche Stellen und zu welchen Preisen Waren abzugeben sind.

Veteranen-Zwangsversicherung.

Die Leipziger Nationalliberalen haben an die nationalliberale Reichstagsfraktion das Ersuchen gerichtet, eine reichsgesetzliche Veteranenfürsorge für den Weltkrieg 1914/15 in folgendem Sinne anzustreben: Alle Kriegsteilnehmer, die aus dem Kriege heimkehren, ohne Anspruch zu haben auf die Kriegsversorgung des Reiches, die auf der Kriegsbeschädigung beruht, sollen in eine Zwangsversicherung zusammengefaßt werden, die allen ihren Angehörigen ausreichende finanzielle Versorgung im Alter bei Krankheit und Erwerbsunfähigkeit verbürgt. Die Versicherten haben regelmäßig Beiträge zu zahlen, an denen sich aber das Reich, das die Aufsicht und die Verwaltung führt, ebenso wie die Berufsgenossenschaften beteiligen sollen. Das erbetene Gesetz ist tunlichst in die Reichsversicherungsordnung hineinzuarbeiten, deren bestehende Organisationen den neuen Versicherungszweig mitzuführen haben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 9. November.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Oktober auf 1352 (1402), die der Besucher auf 1467 (1565). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt **161** Personen. Mithin sind im Monat Oktober **1191 neue Fälle** bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1484 (1534), darunter nach auswärts schriftlich 55 (51). Von den Besuchern waren organisiert 300 (348) Personen, und zwar gewerkschaftlich 150, politisch 19, gewerkschaftlich und politisch 281. Unter den verbleibenden 1160 Nichtorganisierten befinden sich 977 Angehörige von Organisierten und 13 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht

nach waren von den Besuchern 441 (532) männlich, 1019 (1024) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1329 (1444); selbständige Gewerbetreibende, Beamte rc. und deren Angehörige 131 (112); Organisationen 7 (9). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 1145 (1279) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 145 (108), Oldenburg 65 (75), Mecklenburg 46 (40), Preußen 42 (37), und sonstwo 24 (26). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 242 (203), Privatangestelltenversicherung 1 (1), Arbeits- u. Dienstvertrag 222 (187), Bürgerliches Recht 382 (414), Strafrecht 67 (109), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 466 (551), Arbeiterbewegung 6 (1), Vereins- und Versammlungsrecht 3 (—), Privatversicherung 13 (5), Handels- und Gewerbesachen 9 (3), Verschiedenes 18 (10). Von den Auskünften machten 376 (321) die Anfertigung von 512 (527) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 26 (13) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 269 (249) Postsendungen. Der 5. Oktober zeigte mit 73 (81) die höchste, der 23. Oktober mit 36 (28) die niedrigste Besucherzahl.

Schulgeld für die Kinder der zum Militärdienst Eingezogenen. Man schreibt uns: Die in der vorliegenden Ausgabe unseres Blattes erscheinende Bekanntmachung der Oberschulbehörde wird der Beachtung empfohlen. Nach dieser wird auf Grund des § 13 der Vorschriften des Königlich preußischen Kriegsministeriums über den Schulunterricht der Militärkinder vom 16. Januar 1906 für die Kinder und Stiefkinder der aus dem Beurlaubtenstande zum aktiven Dienst einberufenen sowie der freiwillig in den aktiven Dienst einberufenen Mannschaften (Unteroffiziere und Gemeinen) und der bei dem Etappenpersonal der freiwilligen Krankenpflege Dienste leistenden Mannschaften auf Antrag der Ehefrauen oder sonstigen Angehörigen im Falle der Bedürftigkeit von der Militärbehörde das Volksschulgeld in voller Höhe erstattet und für Kinder, die Mittelschulen oder höhere Schulen besuchen, eine Schulgeldbeihilfe bis zum Höchstbetrage von 66 Mark jährlich gewährt. Alles weitere ergibt sich aus der Bekanntmachung. Es wird jedoch noch bemerkt, daß diejenigen Ehefrauen oder Angehörigen der in Betracht kommenden Mannschaften, die bereits bei der Oberschulbehörde um Gewährung von Schulgelderlaß nachgesucht haben oder denen ein solcher bewilligt worden ist, in nächster Zeit von dieser Behörde schriftlich aufgefordert werden, zwecks Unterzeichnung der an den hiesigen Garnison-Schulausschuß, dessen Geschäftsräume sich demnächst im Hause Glockengießerstraße 6, II., befinden werden, zu richtenden Anträge im Geschäftszimmer der Oberschulbehörde zu erscheinen.

Wann dürfen die Bauern den Kartoffel-Höchstpreis überschreiten? Es sind Zweifel darüber laut geworden, ob Landwirte, die unter Ausschluß der Großhändler ihre Kartoffeln direkt an den Konsumenten verkaufen, neben dem Produktions-Höchstpreis noch die dem Händler zugebilligten Zuschläge verlangen dürfen. Nach § 1 der Verordnung vom 28. Oktober dss. Js. gelten die Höchstpreise für Lieferung ohne Sack und bei Barzahlung. Die Höchstpreise schließen die Kosten des Transportes bis zum nächsten Güterbahnhof oder bei Wassertransport bis zur nächsten Anlegestelle des Kahnes oder Schiffes ein. Außerdem sind die Kosten der Ladung in den Höchstpreis einbegriffen. Alles was an Leistungen darüber hinaus von dem Produzenten verlangt wird, kann er besonders berechnen. Es dürfen in diesem Falle aber nur die wirklich verausgabten Unkosten berechnet und nicht etwa schlechthin die Händlerzuschläge in Ansatz gebracht werden. Unter allen Umständen dürfen die Kartoffeln einschließlich aller etwaigen Unkosten nicht über den Kleinhandels-Höchstpreis verkauft werden.

Einziehung von Forderungen im Mahnverfahren. Man schreibt uns: Von den Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin ist die Kriegsausgabe ihrer Broschüre „Einziehung von Forderungen im Mahnverfahren" in der 4. Auflage erschienen. Die neue Auflage, die die Aenderungen, welche die Bekanntmachung vom 9. September 1915 zur Entlastung der Gerichte getroffen hat, berücksichtigt, ist bestimmt, den weitesten Kreisen vom Mahnverfahren Kenntnis zu geben. Exemplare dieser Broschüre sind zum Preise von 15 Pfg. in der Kanzlei der Handelskammer, Breitestraße 6, erhältlich.

Im Schützengraben in Frankreich. Wir erhalten vom Genossen Franz K., unserem alten Mitarbeiter aus dem Felde, folgende Schilderung:

Nordfrankreich, 3. 11. 15.

Mein lieber L.!

Meinen letzten Brief, den ich sehr kurz schließen mußte, habe ich im „L. V." gelesen. Ich freue mich ja sehr, daß meine Mutmaßungen nicht eingetreten sind, denn es war so auch keine Erholung, diese letzten Wochen. In einem kleinen Ort bei guten Menschen konnte ich denselben in aller Ruhe schreiben. Wir waren dort auf einige Tage in Ruhe und fühlten uns wie daheim. Die armen Leute taten alles was zu unserer Bequemlichkeit nötig war. Wir haben es reichlich gelohnt, soweit es uns möglich war. Bei unserem Fortgang haben wir denn auch als befreundete Menschen Abschied genommen. Der Händedruck sagte uns auch mehr als viele Worte. Die Dankbarkeit ist doch vielfach in den sogenannten niederen Volksschichten ehrlicher und echter, denn sonst wo. Wer wollte nicht einmal ¼ Stündchen beim Denken und Fühlen dieser Menschen verweilen. Hatte das alte Mütterchen, bei dem wir wohnten, doch auch Söhne, die uns heute im Graben als Todfeinde gegenüberstehen. Sie zeigte uns das Bildnis eines der Söhne, von dem sie nun auch seit 15 Monaten nichts gehört hat. Unsere Lieben daheim erhalten Nachricht und man kann sich brieflich mit ihnen verständigen. Aber diese gemarterten Menschen sind durch eine Welt von den Ihrigen getrennt. Wie manches Mutterherz muß hier wohl den stillen Kampf kämpfen. Der Mutterliebe und Sehnsucht können nur stille Tränen etwas Linderung schaffen. Mir hat es weh getan und doch konnte ich nicht helfen. Alle Menschenliebe dieser Erde hat dieses grausige Morden nicht verhüten können. Finstere Mächte, die mit allem, nur nicht mit Christentum Gemeinschaft haben, waren noch einmal stärker. Doch, ich verliere mich hier in Betrachtungen, die jetzt nichts helfen. Also zurück zur Wirklichkeit.

Frankreich, wie bist du doch so schön! Immer wieder muß ich diese herrlichen Gegenden bewundern, die nun schon so viel Blut getrunken, so viel Elend gesehen haben. Diese bewaldeten Höhen, diese lieblichen Täler, durch die der klare Bach so silbern plätschert, der Boden so fruchtbar ist, der soviel den Menschen zur Nahrung gibt. Was sahen wir für riesige Korndiemen; daneben riesige Dampfmaschinen. Bedient wurden diese von deutschen Soldaten und französischen Arbeitern, die friedlich nebeneinander tätig sind. Deutsche waren es, die das Korn in fremde Erde gesät, es dann geerntet und nun zur weiteren Verwendung zubereiten. Noch nie sah ich so viel Obst als in diesen Gegenden. Die Bäume zum Brechen voll. Auch kein Wunder, wenn hier fast jedes Haus eine Weinpresse auswies. Wein ist hier ja auch, was bei uns das Bier bedeutet. Auch hierin lob ich mir den Franzosen. Aber auch Geschmackssache. Der Bau der Häuser, Straßen und Ortschaften gleicht wohl den unseren und läßt alles russische in dunkler Nacht verschwinden.

Auf unserem Hermarsch passierten wir mehrere Ortschaften, und wurden von den Einwohnern stumm und bedrückt betrachtet. Deutsche Inschriften aller Art, wie „Hindenburgstraße", zeigten uns an, daß man hier in Frankreich dem größten Gegner der Russen ehrt. Auch sonst sind Frankreichs Verbündete von Osten hier eingezogen, nur nicht wie es gedacht war. Denn mit Schaufel und Hacke bewaffnet, bekämpfen vielfach russische Gefangene den Schmutz der Straßen. Doch nun zum Zweck unseres Hierseins. Am 11. vergangenen Monats näherten wir uns der hiesigen Front. Der Bewegungskrieg der letzten Wochen in Rußland sollte wieder mit dem Stellungskampf vertauscht werden. Ein überaus schmerzliche Erinnerung, an dem vergangenen Winter in Flandern. Ganz erstaunt aber war ich, als wir in der Mittagsstunde, also am hellen Tage den Marsch in den Graben antraten. Einer dieser Laufgraben, dessen Wände oft drei Meter hoch waren, war eine Stunde Wegs. Er endete in einem lieblichen Tal, in dem jeder Schuß oft dreimal widerhallte. So sehr ich die Täler liebe, so machte dieses eine Ausnahme. Das erste was uns in die Augen fiel, war der mit viel Sorgfalt gepflegter Soldatenfriedhof. Wie sie so sanft ruhen, alle die Glücklichen. Sie sehen und hören nichts mehr von all diesem Jammer und Elend. Vielen Hunderten hat man hier schon ihr Grab gegraben. Auch hier sieht man, was ein langer Stellungskrieg für Opfer kostet. Meist durch Holzkreuze sind die letzten Ruhestätten gezeichnet. Aber nicht immer hat es genügt. Hier sandte die Mutter dem einzigen Sohne eine Marmortafel mit letzter Widmung. An einer anderen Stelle die Braut dem Gefallenen als Zeichen der Liebe einen Perlenkranz. Oft gar zu auffällig in dieser rauhen Herbstnatur. Aber was gibt der Mensch nicht hin in diesem Schmerz.

Wir gingen dann gruppenweise in die erste Linie hinein. Zahllose metertiefe Laufgräben führten uns dorthin, alles in lautloser Stille. Mein erster Blick ließ mir den großen Unterschied des Grabens zu dem Flandrischen erkennen. Es sind im Verhältnis zu jenen, die ich kenne, doch wahre Festungen. Aber auch zu gleicher Zeit sagte ich mir, daß sie wohl erforderlich seien und den Verhältnissen angepaßt sein müssen. Das sollten wir auch bald erfahren. Die Seitenwände 2, 3 und 4 Meter hoch, mit Säcken ausgelegt, boten einen soliden Anblick. Die Unterstände bis zu fünf Meter unter der Erde, ziemlich sicher gegen Granaten. Wenigstens fühlten wir uns dort unten ziemlich sicher. An unserer Stelle lagen wir dem Feinde ungefähr 200 Meter gegenüber, aber an manchen Stellen kaum 50 Meter. Leicht erklärlich, wenn im Graben jede Unterhaltung nur im Flüsterton vor sich ging. In den ersten Tagen schien die feindliche Artillerie verreist zu sein, denn es fiel auch nicht ein Schuß. Aber dann war sie wieder da und ist es noch heute. Sie überschüttet unsere Gräben mehrere Male am Tage mit einem wahren Trommelfeuer. Ich habe immer das Gefühl, als sei es ein Wutanfall des Schwächeren, dem Starken gegenüber. Die Wirklichkeit hat ja denn auch aufgeräumt mit dem immer wiederkehrenden Gerede von Munitionsmangel unserer Feinde. Die haben mehr wie uns lieb ist; das müssen wir täglich spüren. Daß der Franzmann mit diesem wilden Schießen Erfolge hat, glaubt er wohl selbst auch nicht. Es soll wohl über seine wirkliche Stärke täuschen. Lieber wäre es uns ja auf jeden Fall, wenn seine Kanonen den Schnabel hielten. Eine mir bisher unbekannte Waffe sind die Minenwerfer. Sie haben ja wohl in diesem Kriege Bedeutung gewonnen. Zwei verschiedene Größen begrüßen uns Tag und Nacht, und werden von uns gefürchtet. die größeren nennen wir „Schusterbock", weil sie die Form eines Schusterschemels haben. Sie werden durch eine Schleudervorrichtung abgeschossen und der Abschuß ist aus diesem Grunde kaum hörbar. Sie fliegen im Halbkreis durch die Luft und zwar ziemlich langsam. Man kann sie deutlich sehen. Pendelartig, wie ein in der Luft abgeschossener Vogel, so kommen sie dahergesaust. Der Mantel dieser Ungetüme ist nur eine dünne Stahlblechhülle, aber um so gefährlicher ist ihr Inhalt. Er besteht aus Pulver und unzähligen kleinen Eisenstücken, deren Kanten scharf zerhackt sind. Eine Verwundung ist fast immer eine ziemlich schwere und ich habe keine Sehnsucht, hiermit nähere Bekanntschaft zu machen. Wenn sie explodieren, so erfolgt ein ungeheurer Luftdruck, von donnerartigem Getöse begleitet. Kommen diese Dinger des Nachts, so verschwinden wir auf einen Moment in Deckung und lassen die Eisenstücke erst verfliegen.

Die kleinere Sorte, welche wir Katzenköpfe nennen, haben dieselben Eigenschaften wie die größeren Brüder, dem Größenverhältnis entsprechend. So stehen wir des Nachts auf unserem Posten: auf das Aeußerste werden Ohr und Auge angestrengt. Jedes kleine Geräusch läßt einen auffahren und doppelt beobachten. Schon die Einbildung läßt einem manchmal Feinde am Drahtverhau erscheinen. Neulich schlug eine Flintenkugel so dicht bei mir ein, daß mein Ohr noch lange danach klang. Einige Zentimeter rechts und ich hätte mit einem Kopfschuß wohl genug gehabt. Aber so geht es ja vielen anderen auch. Mein jüngster Bruder hat ja auch sein junges Leben auf diese Art dahingeben müssen. Glück und Zufall sind eben hier sehr wechselvoll. Wir hatten in den zehn Tagen noch Glück, denn die Nächte waren mondhell und dieses ist immer sehr gerne von uns gesehen. Jetzt, wo es sehr finster ist, und die ganzen Nächte regnet, da können Sie sich ein Bild zurecht machen, wie es uns geht. Hinter der feindlichen Front scheint eine Feldbahn zu gehen, denn wir hören die Räder quietschen. Dem Franzmann scheint die Butter auch schon knapp zu sein. Sehen können wir ja wenig, denn das Gelände ist sehr uneben. Vergessen habe ich noch zu erwähnen, daß der Abschnitt einer Kompagnie an manchen Tagen von mehreren Hunderten Geschossen jeglicher Art überschüttet wird. Da glaubt man, die Hölle habe ihre Teufel auf uns losgelassen. Aber der alte Herrgott lebt ja noch — oder meinen Sie nicht?!

Eines Nachts hatten wir ein überaus trauriges Erlebnis. Wir waren mit dem Ausbessern des Drahtverhaues beschäftigt. Hier lagen nun noch zwei Leichen, an welchen die Ratten ihren Hunger stillten. Welch ein gräßlicher Anblick, der mir immer noch vor Augen steht. Ich sah dasselbe Bild schon einmal in Flandern. Und da gibt es Leute, die behaupten, der Krieg diene zur Erziehung?

Am 21sten wurden wir dann abgelöst und kamen in Reserve. Wir wohnten in Unterständen und teilten diese mit Mäusen und Ratten. Schier unzählig sind diese Tiere hier vorhanden, will aber aus bekannten Gründen nicht viel Worte darüber verlieren. Unsere Beschäftigung besteht im Bauen von Unterständen, Erdarbeiten, Holzschlagen und anderem mehr. Nun hat hier die Regenzeit eingesetzt und mit ihr kommen grundlose Wege und alles erscheint dann doppelt ungemütlich. Aber dieses ist kein Hindernis; alles geht seinen alten Gang. Am 11ten kommen wir nun wieder in den Graben und zwar auf 20 Tage . . . . Nun will ich aber Schluß machen, denn eine Arbeit ist es unter diesen Verhältnissen, Briefe zu schreiben. Gewiß nahm ich Ihre Zeit schon zuviel in Anspruch. Leben Sie wohl und machen Sie endlich Frieden. Herzlichen Gruß Ihr alter F. K.

Weihnachtsspende für das Heer. Wir werden um Abdruck dieser Zeilen ersucht: In allen deutschen Herzen regt sich beim Nahen des Weihnachtsfestes der Wunsch, unserer Helden draußen im Felde in greifbarer Form zu gedenken, ihnen zu zeigen, wie ihrer in der Heimat gedacht wird, und zu versuchen, ihnen auch auf diese Weise einen kleinen Teil der Dankesschuld abzutragen, die sie in heldenmütigem Ausharren und in übermenschlichem Ringen sich bei den Daheimgebliebenen erworben haben. Bei keinem Anlaß tritt der Wunsch, bestimmte Personen, bestimmte Truppenteile, mit denen man durch heimatliche Bande und Beziehungen verknüpft ist, durch Liebesgaben zu erfreuen, so in den Vordergrund, wie zu Weihnachten. Diesem Wunsche Rechnung tragend, hat die Heeresverwaltung verfügt, daß alle in einem Korpsbezirk gesammelten Liebesgaben aus den Truppenteilen und Formationen, die in diesem Korpsbezirk ihren Ersatztruppenteil haben, zugeführt werden sollen. Zu diesem Zweck ist die Versorgung sämtlicher Truppenteile und Formationen eines Korpsbezirks dem betreffenden Territorialdelegierten der freiwilligen Krankenpflege in engster Fühlungnahme mit dem zuständigen stellvertretenden Generalkommando übertragen worden. Die Versorgung aller Verbände mit Weihnachtsgaben aus der Heimat ist aber eine gewaltige Aufgabe und nur dann durchzuführen, wenn alle Sonderbestrebungen unterbleiben, wenn alle sammelnden Vereine usw. die eingehenden Spenden den Stellen zuführen, die zu ihrer Verteilung berufen sind. Dabei werden die von den Spendern geäußerten Wünsche nach Berücksichtigung bestimmter Truppenteile und Formationen weitgehend beachtet und erfüllt werden. Wir bitten daher, dem in unserem Inseratenteil abgedruckten Aufruf wegen Sammlung von Weihnachtsgaben für das Heer sorgfältige Beachtung zu schenken und ungesäumt damit zu beginnen, Weihnachtspakete für unsere Feldgrauen zu packen und an die Zentralstelle vom Roten Kreuz, St. Annenstraße 2, abzuliefern. Die Einzelpakete erhalten zweckmäßig den ungefähren Umfang einer Zigarrenkiste; der Wert des einzelnen Pakets soll 3—4 Mk. nicht übersteigen. Pakethüllen können in der Zentrale vom Roten Kreuz, St. Annenstraße 2, entgegengenommen werden. Besonders willkommen sind: Fleisch- und Fischkonserven, Dauerwurst, Honig und Honigkuchen, Marmelade, Kakao und Schokolade, Bonbons, Zucker, Tabak, Tabakpfeifen und Tabakbeutel, Kautabak, Zigarren, Zigaretten, Handtücher, Hosenträger, Taschentücher, Taschenbürsten, Taschenspiegel, Zahnbürsten, Kämme, Fußlappen, wollene Strümpfe, Kartenspiel, Mundharmonikas, elektrische Taschenlampen (mit Reservebatterien und -birnen), Luntenfeuerzeuge, Tannenbaumlichter, Briefpapier und -umschläge, Postkarten, Bleistifte mit Schonern, Nähzeug, Taschenmesser. Ausgeschlossen sind: leicht verderbliche, fetthaltige und feuergefährliche Gegenstände (Streichhölzer, Benzinfeuerzeuge und dergleichen) sowie Spirituosen. An Wollsachen kommen für die Weihnachtspakete nur Strümpfe in Betracht; sonstige Wollsachen nimmt nach wie vor die Zentrale vom Roten Kreuz gerne entgegen, um sie dem Kriegsausschuß für warme Unterkleidung in Berlin zur Verfügung zu stellen. Und nun sei auch an dieser Stelle die Bitte des Aufrufes dringend wiederholt: gebt schnell und gebt reichlich, damit wir unseren tapferen Kriegern draußen eine rechte Weihnachtsfreude bereiten können!

Geschichte der Kunst des 19. Jahrhunderts. Künstler, deren stille, aber vollgewichtige Arbeit unter dem Wirken der Klassizisten und Romantiker in den Schatten gestellt wurde, führte Professor Dr. Schäfer im 4. Vortragsabend vor. Ein kurzer Hinweis literarisch mehr oder weniger empfehlenswerter Werke der Kunstgeschichte ging voraus. Das Schaffen der Maler, das Dr. Schäfer in Wort und Bild darlegte, drehte sich nicht um die übliche Programmkunst, um Belehrung oder Glücklichmachung durch pomphafte Gemälde, sondern um Geschehnisse in der Natur und Leben, um einfache Darstellung des in der Natur Liegenden und mit ihr Verwobenen. Vor allem war es Lichtward, der in der Hauptsache diese wirklichen Maler aus der Vergessenheit riß, als da sind: Philipp Otto Runge, der Greifswalder Friedrich, Speitzer, Milde, Richter und vor allem Schwind, den die beste Schule nicht verderben konnte und der sich durch die klassische Göttermalerei nicht beirren ließ. Dafür schaute er die Natur mit Augen des Kindes, sah den deutschen, wurzelechten Wald wie er ist, setzte seine Gnomen, Feen und Zwerge hinein und schuf gemütvolle phantastische Welten. Runges und Friedrichs Lichtbildwiedergaben waren treffliche Anschauungsmittel, und das Stückchen Richterschen Harzwinterwaldes konnte nicht verlockender, lebenswahrer gezeigt werden. Auch einige hervorragende englische Künstler, deren klare, unpassionistische Auffassung vom allgemein gestatteten Zeitgeschmack wohltuend abstach, fanden gerechte Würdigung. Am kommenden Montag werden französische Maler dieser Zeitrichtung zu Worte kommen.

Konkurseröffnung. Ueber das Vermögen des Kaufmannes G. H. A. Schulze, alleinigen Inhabers der Firma F. W. Kaibel in Lübeck, ist am 8. November 1915, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. Ernst Brehmer I in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurde ein Kutscher aus Rheine a. Ems, der sich des Diebstahls zum Nachteile seines Dienstherrn in Schaibeutz schuldig gemacht hatte. — Ein Buchbinder aus Leipzig und ein Eisenbahnarbeiter aus Hamburg, die beide als lästige Ausländer aus Dänemark ausgewiesen waren, wurden bei ihrer Ankunft hier festgenommen, weil ersterer seitens der Staatsanwaltschaft in Leipzig und letzterer seitens der Staatsanwaltschaft in Hamburg wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde.

Volkstümliches Konzert. Uns wird geschrieben: Für das nächste volkstümliche Konzert ist Herr Musikdirektor Waack dem ihm von vielen Seiten entgegengebrachten Wunsche nachgekommen, die unter der Ueberschrift „Alt-Wien in Ernst und Scherz" zusammengestellte Vortragsfolge zu wiederholen. Es sind viel Musiker von bestem Klang, die zu diesem Abend beisteuern, Haydn, Mozart, Beethoven und der Walzerkönig Johann Strauß. Von Haydn kommt sein Fis-Dur Largo und die Serenade, beide für Streicher, zur Aufführung, von Mozart die Ouvertüre zu „Figaros Hochzeit" und die kleine Nachtmusik, und von Beethoven die Ouvertüre zu „Egmont". Johann Strauß ist mit zweien seiner schönsten Walzer vertreten und dem rassigen Radetzky-Marsch.

Der Lehrer-Gesangverein wird am Dienstag, dem 23. November im Kolosseum ein Konzert zum Besten des Roten Kreuzes veranstalten. Solist ist Willy Burmester, das Ehrenmitglied des Vereins.

Kriegsküche Fackenburger Allee 10. Die Ausgabe von Speisen wird von Donnerstag, den 11. ds. Mts. einschließlich auf etwa eine Woche eingestellt, da beabsichtigt wird, bauliche Aenderungen vorzunehmen und künftig dortselbst zu kochen.

Eutin. Brotpreise. Der Landesvorstand macht bekannt: Es dürfen nur Backwaren in der durch die Bundesratsverordnung vom 5. Januar 1915 vorgeschriebenen Zusammensetzung, in folgenden Arten und Gewichten hergestellt werden: a) Schwarzbrot im Gewicht von 1 und 2 kg, b) Feinbrot im Gewicht von 1 kg, c) Weißbrot im Gewicht von 250 g und 1 kg, d) Zwiebäcke, diese dürfen nur nach Gewicht abgegeben werden, e) Kuchen, die nicht mehr als zehn Gewichtsteile Weizen- oder Roggenmehl und mindestens 10 Gewichtsteile Zucker enthalten. Vom 10. November d. Js. sind die Höchstpreise für Brot nach Anhörung von Sachverständigen wie folgt festgesetzt: a) für ein Schwarzbrot zu 2 kg 56 Pfg., b) für ein Schwarzbrot zu 1 kg 28 Pfg., c) für ein Feinbrot zu 1 kg 45 Pfg., d) für ein Weißbrot zu 1 kg 65 Pfg., e) für ein Weißbrot zu 250 g 18 Pfg. — Der Höchstpreis für Kartoffeln im Kleinhandel beträgt im Bezirk des Fürstentums Lübeck 4,25 Mk. für 50 kg. — Der Preis für Butter im Kleinhandel wird vom 8. November d. Js. an bis auf weiteres für Handelsware I auf höchstens 2,40 Mark für Handelsware II auf höchstens 2,30 Mk., für Handelsware III auf höchstens 2,15 Mk. und für abfallende Ware auf höchstens 1,80 Mk. für 1 Pfund festgesetzt.

Hamburg. Die Kleinhandelshöchstpreise für Kartoffeln sind auf 4,25 Mk. für 100 Pfund festgesetzt worden.

Altona. Neuregelung der Familienunterstützungen. Teuerungsdebatte. Mit diesen beiden Hauptpunkten hatte sich die letzte Kollegiensitzung zu beschäftigen. Den sozialdemokratischen Antrag auf Neuregelung der Familienunterstützungen begründete Genosse Sievert mit trefflichen Ausführungen, die durch die anderen Redner unserer Fraktion, die Genossen Hagge und Eilken, wirksam ergänzt wurden. Genosse Hagge rügte es mit aller Schärfe, daß die bürgerlichen Herren, die mit den Ermittelungen in den einzelnen Fällen betraut sind, von einem der Assessoren, die in der Verwaltung tätig sind, in aller Form gerüffelt werden, wenn sie zu dem Ergebnis kommen, daß in diesem oder jenem Falle der Höchstsatz zu bewilligen sei. Der sozialdemokratische Antrag und ein Antrag Löwenthal, der sich auf die Anrechnung der Unterstützung bei Witwenrenten bezieht, wurden der einschlägigen Kommission überwiesen. — Der sozialdemokratische Dringlichkeitsantrag, an den sich die Teuerungsdebatte schloß, wurde vom Genossen Kürbi begründet. Durch den Antrag wird der Magistrat bekanntlich aufgefordert, neuerdings beim Bundesrat darauf hinzuwirken, daß dem Lebensmittelwucher ein Ende bereitet wird. In ebenso interessanten wie beweiskräftigen Darlegungen unterstrich unser Redner die Pflicht der Gemeinden, von sich aus mit aller Energie von den maßgebenden Stellen die rücksichtsloseste Bekämpfung der volksschädigenden Preistreibereien zu verlangen und etwaigen Widerständen zu begegnen. Sehr lebhaft forderte er eine scharfe Lebensmittelkontrolle, die auch in Altona unumgänglich nötig sei. Nicht geringes Aufsehen erregte die Mitteilung unseres Redners, daß es in Altona einen Milchgroßhändler gebe, der den kleineren Händlern Milch liefere, der 75 Prozent Magermilch zugesetzt seien und die statt der vorgeschriebenen 2,7 Prozent Fettgehalt deren viel weniger, bis herunter zu 1,6 Prozent enthalte. Dabei scheint sich dieser Ehrenmann des besonderen Schutzes der Polizei zu erfreuen, denn Händler, die von ihm beziehen, werden selten mit Probeentnahmen durch die Polizei behelligt. Einwandfreie Analysen, die diese Milchfälschung großen Stils zweifelsohne bartun

sozialdemokratische Genosse Kürbis dem Polizeichef am Schlusse seiner Rede überreichen. Der Oberbürgermeister stimmte sachlich in den meisten Punkten unserem Redner zu. Der sozialdemokratische Antrag wurde angenommen. Registriert werden muß hierbei, daß es ungefähr die Hälfte der bürgerlichen Redner für angezeigt hielt, bei Behandlung dieser wichtigen Materie außerhalb des Saales zu weilen.

Harburg. Eine Drohung mit der Beschlagnahme von Kartoffeln, die von Landwirten aus Gewinnsucht zurückgehalten werden, erläßt der hiesige Landrat. Die für die Ernährung der städtischen Bevölkerung notwendigen Mengen dürften nicht zurückgehalten werden. Eine Erhöhung der jetzigen Kartoffelhöchstpreise bezeichnet der Landrat als ausgeschlossen. Daß die Kartoffeln absichtlich zurückgehalten werden, geht schon aus dem Umstande hervor, daß bis 10 Uhr keine Kartoffeln auf dem Gemüsemarkt zu kaufen waren.

Ottensen. Verbotene Versammlung. Die für Mittwoch, den 10. November, anberaumte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins mit der Tagesordnung „25 Jahre Organisations- und Vereinsarbeit", Redner Genosse H. Moltenbuhr, ist heute polizeilich verboten worden. — Großfeuer im Ottensener Eisenwerk. Sonnabend spät abends brach im Ottensener Eisenwerk in der Holstenstraße Großfeuer aus, durch das die Abteilung „Nagelindustrie" fast vollständig vernichtet wurde. Der Feuerwehr, die das Feuer mit 11 Rohren bekämpfte, gelang es, eine weitere Ausdehnung des Brandes auf die benachbarten Fabrikgebäude zu verhindern. Sie hatte bis Sonntag morgen 6 Uhr zu tun. Der entstandene Schaden ist beträchtlich. Die Ursache ist noch nicht festgestellt.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegslage.

In Kruševac 7000 Serben gefangen, 50 Geschütze erbeutet. Leskovac besetzt.

WTB. Großes Hauptquartier, 9. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Es sind keine Ereignisse von Bedeutung zu melden. Versuche der Franzosen, das ihnen am Hilsenfirst entrissene Grabenstück zurückzugewinnen, wurden vereitelt.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Die russischen Angriffe wurden auch gestern westlich und südlich von Riga, westlich von Jakobstadt und vor Dünaburg ohne Erfolg fortgesetzt. In der Nacht vom 7. zum 8. November waren feindliche Abteilungen in unsere Stellung eingedrungen; unsere Truppen warfen sie im Gegenangriff wieder zurück und machten 1 Offizier und 372 Mann zu Gefangenen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Im Laufe der Nacht fanden an verschiedenen Stellen Patrouillenkämpfe statt.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen.

Bei einem erfolgreichen Gefecht nördlich von Komarow (am Styr) wurden 360 Russen gefangen genommen.

Balkankriegsschauplatz.

Südlich von Kraljevo und südlich von Kruševac ist der Feind aus seinen Nachhutstellungen geworfen. Unsere Truppen sind im weiteren Vordringen. Die Höhen Gjunis auf dem linken Ufer der Südlichen Morava sind erstürmt.

Die Beute von Kruševac erhöhte sich auf etwa 50 Geschütze, darunter 10 schwere, und die Gefangenenzahl auf über 7000.

Die Armee des Generals Bojadjeff hat am 7. November abends südwestlich von Aleksinac sowie westlich und südwestlich von Nisch die Südliche Morava erreicht und hat im Verein mit anderen vom Süden vorgehenden bulgarischen Heeresteilen Leskovac genommen. **Oberste Heeresleitung.**

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Weihnachts-Spende für das Heer.

Wieder naht der Winter und mit ihm das Weihnachtsfest, das Fest werktätiger Liebe und herzlichen Gedenkens.

Zum zweiten Male schon müssen es Deutschlands Söhne draußen, fern von der Heimat und von ihren Lieben, verleben.

Wir alle daheim gedenken ihrer in tiefer Dankbarkeit. Das wollen wir betätigen durch reiche Weihnachtsspenden!

Jeder Angehörige des Feldheeres soll eine Weihnachtsgabe erhalten. Die Heeresverwaltung hat verfügt, daß alle in einem Korpsbezirk gesammelten Liebesgaben auch den Truppenteilen und Formationen, die in diesem Korpsbezirk ihren Ersatztruppenteil haben, zugeführt werden sollen, und es wird dafür Sorge getragen werden, daß die Lübecker Weihnachtsgaben in erster Linie den Angehörigen des Regiments Lübeck und der anderen hier aufgestellten Truppenteile zugute kommen.

Hiernach werden viele Tausende von Weihnachtspaketen bereitzustellen sein; andererseits ist eine Beschränkung hinsichtlich der Größe und des Wertes geboten: das Einzelpaket soll etwa die Größe einer Zigarrenkiste haben; sein Wert soll 3 bis 4 Mk. nicht übersteigen.

Welche Gegenstände vornehmlich in Betracht kommen, wird in den Tageszeitungen bekannt gegeben werden. Von der Beigabe von Wollsachen — Strümpfe ausgenommen — ist abzusehen.

Pakethüllen können in der Zentrale vom Roten Kreuz, St. Annenstraße 2, entgegengenommen werden. Ebenda bitten wir auch die Pakete — und zwar bis zum 18. November mittags — abzuliefern. Ein jedes Paket enthalte Namen und Adresse des Gebers und einen Weihnachtsgruß an den Empfänger!

Auch Geldspenden sind dringend erforderlich. Zu ihrer Annahme sind außer den Unterzeichneten alle Banken — Konto: „Weihnachtsspende für das Heer" — und die Geschäftsstellen der Zeitungen bereit.

Und nun bitten wir herzlich: Gebt schnell und reichlich!
Laßt uns zum Feste der Liebe den Brüdern draußen beweisen, daß die Heimat in Treue ihrer gedenkt!

Lübeck, im November 1915. 4454

Bürgermeister **J. H. Eschenburg.**

Konsul **Dimpker,** Wortführer der Bürgerschaft.

Senator Dr. **G. Eschenburg.**

Dr. **H. Görtz,** Wortführer des Bürgerausschusses.

Die Vorstände des Lübecker Landesvereins und des Vaterländischen Frauenvereins vom Roten Kreuz.
Med.-Rat Dr. **Riedel.** Frau Senator **Strack.** **P. Hinckeldeyn.** Frau **Boldemann.** Geheimrat **Bielefeldt.** Landesrat **Illing.** **Ferd. Boldemann.** **Ernst Boie.** Konsul **Dimpker.** **H. G. B. Radbruch.** Senator Dr. **Vermehren.** Frau **Minna Behn.** Oberin **K. Braunschmidt.** Frau Dr. **Görtz.** Vizeadmiral a. D. Exz. **Kühne.** Frl. **M. Rösing.** Polizeimajor **Grünweller.** Frau Oberst **v. Heynitz.** Frau Senator **Possehl.** Frau Senator Dr. **Vermehren.** Frau Professor **Zillich.**

Die Militärkommission des Senates.
Senator Dr. **Neumann.** Reg.-Rat Dr. **Plessing.**

Der Territorialdelegierte der freiwilligen Krankenpflege.
Senator **Kulenkamp.**

Der Vorstand des Landeskriegerverbandes Lübeck.
Julius Heise. **Rudolph Köhn.** **Johs. Schultz.** **Georg Erb.** **A. Imholz-Schlutup.**

Bekanntmachung

betreffend Schulgeld für die Militärkinder.

Die Oberschulbehörde gibt hierdurch im Einvernehmen mit der Militärbehörde folgendes bekannt:

1. Auf Grund des § 13 der Vorschriften über den Schulunterricht der Militärkinder vom 16. Januar 1906 wird für die Kinder und Stiefkinder
   a) der aus dem Beurlaubtenstande zum aktiven Dienst einberufenen sowie der freiwillig in den aktiven Dienst eingetretenen Mannschaften (Unteroffiziere und Gemeine),
   b) der bei dem Truppenpersonal der freiwilligen Krankenpflege Dienste leistenden Mannschaften

   auf Antrag der Ehefrauen oder sonstigen Angehörigen **im Falle der Bedürftigkeit** von der Militärbehörde
   I. **das Volksschulgeld in voller Höhe erlassen,**
   II. für Kinder, die **Mittelschulen oder höhere Schulen** besuchen, **eine Schulgeldbeihilfe bis zum Höchstbetrage von Mk. 66.— jährlich gewähren.**
2. Die Erstattung des Schulgeldes bezw. die Gewährung der Schulgeldbeihilfe erfolgt **vom Beginn des Monats ab,** in welchem die Einberufung oder der Eintritt des Vaters in den Heeresdienst erfolgt ist.
3. Den **zahlungsfähigen** Angehörigen der in Betracht kommenden Mannschaften bleibt es überlassen, sich wegen der etwaigen Erstattung der an die Oberschulbehörde **entrichteten** Beträge oder der **etwaigen** Gewährung einer Schulgeldbeihilfe **schriftlich unmittelbar an den Garnison-Schulausschuß in Lübeck, Glockengießerstr. Nr. 6 II.** zu wenden. Antragsformulare können im Geschäftszimmer der Oberschulbehörde, Glockengießerstraße 4, I. entgegengenommen werden. Soweit die Angehörigen zur Zahlung **außerstande** sind, bezw. gewesen sind, sind die erforderlichen Anträge **durch Vermittelung der Oberschulbehörde** an den Garnison-Schulausschuß zu richten mit der Bitte, die bewilligten Beträge unmittelbar an die Oberschulbehörde abzuführen. Zur Prüfung der Verhältnisse ist die Vorlegung der vom Polizeiamte erteilten Ausweiskarte über die gewährte Familienunterstützung erforderlich.
4. Den Anträgen sind die Schulgeldrechnungen sowie der Geburtsschein — wenn vorhanden, auch der Tauf- und Familienschein — der für die Schulgeldzahlung in Frage kommenden Kinder beizufügen. Sollten die Angehörigen nicht im Besitz von Geburtsurkunden sein, so wird ihnen, da es sich um die Gewährung von militärischen Beihilfen handelt, von dem zuständigen Standesamt ein sogen. Geburtsinterimsschein **kostenlos** erteilt.

   Für die in der Vergangenheit liegenden Vierteljahre sind getrennte Schulgeldrechnungen auszustellen. Die Ausstellung erfolgt im Geschäftszimmer der Oberschulbehörde. 4452

   Der Garnison-Schulausschuß wird bei der Erstattung der Beträge oder der Gewährung einer Beihilfe die den Anträgen beigefügten Papiere zurückgeben.
5. **Die Anträge auf Erstattung von Beträgen oder Gewährung von Beihilfen sind jedesmal nach Fälligkeit weiteren Schulgeldes unter Hinweis auf den zuerst eingereichten Antrag und Beifügung einer im Geschäftszimmer der Oberschulbehörde auszustellenden Schulgeldrechnung zu wiederholen. Die Ausweispapiere (Nr. 4) brauchen nur dem ersten Antrage beigefügt zu werden, bei späteren Anträgen genügt ein Hinweis auf den zuerst gestellten Antrag.**

Lübeck, 8. Novbr. 1915.

Die Oberschulbehörde.

Ausschuß für Kriegshilfe

Die Ausgabe von Kartoffeln findet jetzt wieder im Wollmagazin statt. (4445

Kartoffelversorgung Landeskrieger-Verb.

Für die Inhaber der **blauen** (u. noch rückständigen weißen) Karten werden die bestellten Kartoffeln am Mittwoch, dem 10. November, vormittags v. 9—11½ Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr ausgegeben.

4451) **Der Verbands-Vorstand.**

Für die vielen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer silbernen Hochzeit sag wir herzl. Dank (4449
C. Harnack u. Frau, Eschenbstr. 18b.

Kurzer grüner Winterkohl
billig zu verkaufen. (4446
Schwartauer Allee 82 a, II.

Ragoda
was ist das?
Es ist im Gebrauch bedeutend billiger als Seife. (2975

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Kalbfleisch	per Pfd.	70 ₰
Bratenstücke	„ „	90 ₰
Jg. Rindfleisch	„ „	90 ₰
Bratenstücke	„ „	100 ₰
Rollfleisch	„ „	130 ₰
Scheibenbeefst.	„ „	140 ₰
Schweinefleisch	„ „	140 ₰
Fr. Gehacktes	„ „	120 ₰

Pr. Kuheuter, Ochsenherzen Leberwurst, Sülze, Leber.
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14—16
vorm. **M. Lahrtz.** (4453

Volksküche. 4448
Mittwoch, den 10. November: Graupensuppe, Schweinefleisch, Rüben und Kartoffeln.
Donnerstag, d. 11. November: Milchsuppe, Schweinefleisch, Sauerkohl und Kartoffeln.
Freitag, 12. November: Speck-suppe mit Klößen und Backobst ohne Fleisch.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.
am Mittwoch, d. 10. November
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Verbandsangelegenheiten.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
4450) **Die Ortsverwaltung.**

Stadttheater. 4447
Dienstag, d. 9. November 1915:
Zum letzten Male:
Tiefland.
Oper von E. d'Albert.
Mittwoch, 10. November 1915:
Gastspiel von Grete Herzfeld
Johannisfeuer.
Schauspiel v. H. Sudermann.
Donnerstag, den 11. Nov. 1915:
Zar und Zimmermann.
Kom. Oper von A. Lortzing.

Nr. 263
22. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag,
den 9. November 1915

Zur Lebensmittelteuerung.

Großhandelspreise für Kartoffeln in Berlin. Bei einer Beratung zwischen den zuständigen Stellen des Magistrats und Vertretern der Berliner Kartoffelgroßhandels- und -kleinhandelsorganisationen herrschte Uebereinstimmung mit dem Gutachten der Preisprüfungsstelle Berlin darüber, daß bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ein Großhandelspreis von 3,50 Mark für den Zentner Kartoffeln frei Haus angemessen sei. Uebereinstimmend wurde auch von den Vertretern des Groß- und Kleinhandels der Wunsch geäußert, daß etwaige Ueberschreitungen in der Preisforderung von seiten einzelner Großhändler der städtischen Preisprüfungsstelle zur weiteren Verfolgung gemeldet werden möchten.

Vom 15. November ab werden in Berlin Milch- und Petroleumkarten ausgegeben. Die Gemeindebehörden haben sich dahin schlüssig gemacht, daß die besonders milchbedürftigen Elemente bei dem Bezug von Milch vorzugsweise berücksichtigt werden sollen.

Preissturz am Berliner Viehmarkt. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweine hat bereits ihre Wirkung geäußert. Auf dem für die Preisbildung maßgebenden Berliner Viehmarkt waren am Sonnabend 11 483 Stück Schweine aufgetrieben. Die Käufer hielten sich aber zurück, weil sie nicht sicher waren, ob sie teuer eingekauftes Fleisch noch vor dem Inkrafttreten der Höchstpreise absetzen könnten. Die Folge war, daß die Preise um durchschnittlich 40 Mark pro Zentner Lebendgewicht fielen.

Die vereinigten Unterbeamtenvereine in Magdeburg haben eine Eingabe auf Einführung von Fleisch-, Fett- und Milchkarten eingereicht. Daraufhin stellten die sozialdemokratischen Stadtverordneten folgenden Antrag: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bei der Reichsregierung erneut vorstellig zu werden, unverzüglich energische Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, eine Verbilligung der Nahrungsmittel und eine bessere Verteilung der zur Verfügung stehenden Mengen an Fett, Fleisch, Milch und Eiern herbeizuführen. Neben der Festsetzung von mäßigen Höchstpreisen — vom Produzenten bis zum Kleinhandel — und der Einführung von Fleisch-, Fett- und Milchkarten hält die Stadtverordnetenversammlung die ausgedehnte Anwendung des Enteignungsrechtes und des Verkaufszwanges für erforderlich, um eine wirkungsvolle Abhilfe in der Frage der Nahrungsmittelversorgung zu erlangen. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, durch Einkäufe von Nahrungsmitteln in ausreichender Menge die Versorgung der Bevölkerung Magdeburgs mit Lebensmitteln sicher zu stellen.“ Während der erste Absatz dieses Antrages einstimmig, der letzte mit knapper Mehrheit angenommen wurde, wurde der zweite Absatz infolge der Haltung der nationalliberalen Fraktion, die nicht für ihn stimmte, abgelehnt. Die Nationalliberalen begründeten ihren ablehnenden Standpunkt damit, daß die Tragweite dieses Antrages zurzeit nicht zu übersehen sei.

Der Loebellsche Erlaß.

Das große Aufsehen, das der Presseerlaß des preußischen Minister des Innern, v. Loebell, hervorgerufen hat, hat dazu geführt, daß nunmehr halbamtlich ein Kommentar zu diesem Erlaß gegeben wird. Es wird dort ausgeführt:

„Aus den Worten des Erlasses.“ Euer Hochwohlgeboren ersuche ich, mit den Zeitungsverlegern und Redaktionen soweit sie Ihrem Einfluß zugänglich sind, Fühlung zu nehmen, sie auf die erwähnte Korrespondenz aufmerksam zu machen, ihnen die Benutzung ans Herz zu legen usw.“ ging klar hervor, auf welchen Umkreis der Minister die Fühlungnahme wegen der Benutzung des Korrespondenzapparates beschränkt wissen wollte. Es ist denn auch nach den vorliegenden Berichten durchgehends dahingehend verfahren worden, daß die angeordnete Fühlungnahme sich nur darauf erstreckte, denjenigen Organen, die bisher die im Erlaß erwähnte ehemals halbamtliche informierte Korrespondenz benutzt hatten, für die Zukunft die Benutzung des neu bereitgestellten Korrespondenzapparates nahe zu legen. Um jedoch allen etwa möglichen, ja auch in öffentlichen Erörterungen zutagegetretenen Mißdeutungen zu begegnen, hat der Minister seine Auffassung über die praktische Bedeutung des Erlasses nochmals in einem zweiten Erlaß ausdrücklich klargestellt. In dem zweiten Erlaß heißt es wörtlich:

„Wie ich aus den mir erstatteten Berichten über die Ausführung meines Runderlasses vom 19. April 1915 — P 219 — ersehe, ist meine Absicht dahin richtig erkannt worden, daß die Fühlungnahme der Landräte wegen Benutzung des Korrespondenzapparates der Zentralbureaus für die deutsche Presse sich sinngemäß darauf beschränken muß, die Benutzung des Materials der halbamtlichen Korrespondenz durch eine der im Kreise erscheinenden Zeitungen anzustreben. Der Wettbewerb der Zeitungen schließt es ganz von selbst aus, daß mehrere an einem Orte oder in nächster Nachbarschaft erscheinende Zeitungen ein und denselben Text bringen. Das Informations- und Nachrichtenmaterial steht sämtlichen Blättern auf dem Wege des Abonnements zur Benutzung frei. Die Notwendigkeit, die Absichten und Anschauungen der Regierung auch in der Presse zu Gehör zu bringen, läßt wohl dringend erwünscht erscheinen, daß ein Organ in jedem Kreise durch Vermittlung des von mir bereitgestellten Korrespondenzapparates regierungsseitig informiert ist. Dies Organ wird tunlichst diejenige Zeitung sein, in der auch die amtlichen Bekanntmachungen erscheinen.

Daß die anderen Organe ihren Bedarf an journalistischem Material, wie es Korrespondenzen vermitteln, im freien Wettbewerb der verschiedenen Korrespondenzunternehmungen decken und sich in dieser Hinsicht von ihrem journalistischen Bedürfnis einerseits, ihrer politischen Stellungnahme andererseits leiten lassen, kann durch meinen Erlaß vom 19. April dieses Jahres nicht berührt werden“.“

Demnach soll sich die Beeinflussung der Presse eigentlich nur auf die Kreisblätter beschränken. Dazu hätte es aber eines solchen Erlasses garnicht bedurft, denn die Kreisblätter stehen schon jetzt unter der strengen Aufsicht der Landräte. Wollte Herr v. Loebell also weiter nichts erreichen, als nur die Kreisblätter für die jeweilige Politik der Regierung mobil zu machen, dann hätte er sich diesen Erlaß schenken können. Der Wortlaut des Erlasses allerdings konnte gar keine andere Deutung zulassen, als die, die er in der Oeffentlichkeit gefunden hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Regelung des Strohverbrauchs.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde die Verordnung über den Verkehr mit Stroh und Häcksel verabschiedet. Die Verordnung verfolgt den Zweck, dem Kriegsausschuß für Ersatzfutter durch Vermittlung der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte diejenigen Strohmengen zu angemessenen Preisen zu sichern, die er zur Herstellung seiner Futtermittel braucht. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Melasse-Futtermittel und um sogenannte Stroh-Kraftfuttermittel. Demnach wird durch Verordnung der Bezugsvereinigung ein Vorkaufsrecht für diejenigen Strohmengen eingeräumt, die jemand absetzen will, sofern diese Mengen vier Tonnen bis zum 1. September 1916 übersteigen. Um die daraus herzustellenden Ersatzfuttermittel den Landwirten und sonstigen Verbrauchern zu angemessenem Preise anbieten zu können, werden Höchstpreise für Stroh festgesetzt, und zwar 45 Mk. für ungepreßtes Maschinendruschstroh 47,50 Mk. für gepreßtes Stroh und 50 Mk. für Flegeldruschstroh für die Tonne. Einbezogen in die Verordnung ist Stroh von Weizen, Weizen-Dinkel, Hafer und Gerste, nicht aber Spreu dieser Getreidearten. Das zum Absatz gestellte Stroh, das die Bezugsvereinigung für die oben angegebenen Zwecke sowie für gewisse besonders dringliche Ausnahmefälle zur Versorgung ungünstig gelegener städtischer oder industrieller Verbrauchszentren nicht braucht, wird dem Verkehr wieder freigegeben. Es gelten dann die obigen Höchstpreise als Verkaufspreise für den Erzeuger. Beim Verkauf von Häcksel durch den Hersteller darf der Preis 60 Mk. für die Tonne ohne Sack nicht überschreiten.

Neue Steuern.

Es wird gemeldet:

Der Reichsschatzsekretär ist durch die Erträgnisse der dritten Kriegsanleihe bis zum kommenden Frühjahr der Mühe überhoben, für neue Geldmittel zu sorgen. Bis dahin kann sich mancherlei ereignen. Wenn aber der Krieg noch lange dauert und die Beschaffung neuer Geldmittel notwendig werden sollte, so kann es der „Tägl. Rundschau“ zufolge geschehen, daß statt zu einer Anleihe zu neuen Steuern gegriffen wird. Zu den Hauptaufgaben des Reichstags bald nach Beendigung des Krieges wird die Beratung und Beschlußfassung über neue Steuern gehören. Es wäre nun möglich, daß die eine oder andere von den in Aussicht genommenen Steuern vorweggenommen und dem Reichstage schon früher zur Genehmigung unterbreitet würde. Die Steuer würde aber nicht, wie manche meinen, die Kriegsgewinnsteuer sein, viel eher käme hierfür, wie das genannte Blatt hört, eine Portoerhöhung in Betracht, die ebenfalls in Aussicht genommen sei und von der man sich einen erheblichen Ertrag verspreche.

Es wäre an sich sehr zu begrüßen, wenn die Regierung sich nicht darauf beschränkte, die Kriegskosten durch Anleihen zu decken, sondern auch schon während des Krieges, wie das in England geschehen ist, neue Steuern einführte oder vorhandene Steuern erhöhte. Doch dürfen dabei nur Steuern in Betracht kommen, die die bessergestellten Kreise des Volkes treffen. Keinesfalls dürfen den breiten Massen, die sowieso schwer unter der Ungunst der Zeit leiden, neue Lasten auferlegt werden. So müßte schon aus diesem Grunde auch gegen eine Portoerhöhung aufs schärfste Widerspruch erhoben werden, ganz abgesehen davon, daß gegen eine derartige Mehrbelastung des Verkehrs sehr gewichtige volkswirtschaftliche Bedenken sprechen.

Vorbereitungen für das dritte Kriegsjahr.

In der „Nordd. Allg. Ztg.“ lesen wir: „Der Krieg zwingt uns, nicht nur mit allem, was wir haben, haushälterisch umzugehen, sondern auch unsere Bodenschätze und Güter so weit wie möglich auszunützen. Hierher gehört in erster Reihe die landwirtschaftliche und gärtnerische Bestellung solcher Ländereien, die bisher aus irgendwelchen Ursachen brachgelegen haben, obwohl sie einen guten, ertragfähigen Boden besitzen. Einsichtige Volkswirte haben dies rasch genug eingesehen, und unter tatkräftiger Leitung haben in Berlin die Gemeinnützige Genossenschaft zur landwirtschaftlichen Verwertung von Baugelände und der Kriegsausschuß für Gemüsebau im zweiten Kriegsjahr 1915 einen Teil dieser Brachländereien unter den Pflug genommen, teils selbst mit Kartoffeln bestellt und in kleinen Losen weiter verpachtet, teils durch freiwillige Helferinnen, Frauen und Mädchen, mit Gemüse und Obst bepflanzen lassen. Bald steht das dritte Kriegsjahr vor der Tür, und noch mehr als bisher müssen unsere Anstrengungen darauf gerichtet sein, alles daran zu setzen, um auch im Kampfe gegen den teuflischen Aushungerungsplan unserer Feinde siegreich zu bleiben. . . . Insgesamt wurden 1913 im Gebiet des Verbandes Groß-Berlin nicht weniger als 17 994 oder rund 18 000 Hektar Oed- und Unland festgestellt. Infolge des Stockens der Bautätigkeit mag sich diese Zahl seitdem nur ganz unwesentlich verringert haben.“

Der Hinweis auf die Notwendigkeit der Vorbereitungen für das dritte Kriegsjahr zeigt, daß in der Redaktion des Reichsregierungsorgans an einen baldigen Frieden noch nicht gedacht wird.

50—60 Prozent Zuckerdividenden.

Die Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation Waghäusel erzielte nach Abrechnung der allgemeinen Unkosten einschließlich der Belohnungen an Arbeiter und Beamte, der satzungsmäßigen Abschreibungen, sowie der Gewinnanteile für Aufsichtsrat und Vorstand, einen Reingewinn von **2393 467 Mark** gegen 1 053 321 Mark im Vorjahre. Dabei ist eine Verschiebung insofern eingetreten, als von der vorjährigen Reingewinnziffer die Tantiemen (125 471 Mark) noch zu kürzen war, während sie diesmal schon im voraus in Abzug

Friedemann Bach.

Roman von A. E. Brachvogel.

107. Fortsetzung.

So sah er seinen Bruder Emanuel, so Antonien wieder.

Haß, Scham, der letzte heimlich glimmende Stolz auf seinen Künstlerursprung, trieb ihn mit Furienwut hinweg, ließ ihn sich verstecken, um den Nachsuchungen zu entgehen und gab ihm jegliche Diebeslist an die Hand, unbemerkt aus der Gegend zu kommen. Er ging über Potsdam nach Berlin.

Weiter konnte er nicht mehr, hier mahnte ihn die Natur zum ersten Male, daß seine Kräfte im Sinken seien.

Er wußte jetzt, daß Antonie Frau von Eichstädt sei und in Berlin lebe, wußte, daß er von ihr wie von seinem Bruder aufgesucht werden würde, und beides fürchtete er. Diese Begegnung bei Potsdam, so wenig sie auf seine inneren Anschauungen wirken mochte, brachte aber nichtsdestoweniger eine furchtbare Veränderung in ihm hervor. Er war weit davon entfernt, in seinen Jahren noch die Hoffnung hegen zu wollen, sich aufzurafflen oder gar die längst begrabenen Träume seines Vaters zu verwirklichen; aber die Scham, der alte Stolz, Sebastian Bachs Sohn zu sein, erwachte in ihm mit jäher Hast, schüttelte das bleierne Phlegma des Elends und der Faulheit von seinem Wesen und trieb ihn an, seine letzten versiegenden Kräfte einer heiligen Sache zu weihen und so, wenn auch zu spät, die Verirrungen seines Lebens zu sühnen.

Diese heilige Sache war der Name seines Vaters! Scham war es, die ihn, seitdem er von Leipzig gewichen, seinen Namen verleugnen ließ, und so, als „alter Musiker“, erschien er in Berlin mit dem festen Entschlusse, nichts weiter zu tun und zu denken, als in einer künstlerischen Schöpfung alle schlummernden Gedanken seiner Natur zu vereinen und die Aufmerksamkeit zu erregen, um sterbend noch sagen zu können: „Ich habe mich wieder zu Ehren gebracht, mein Vater!“

Seine immer mehr überhandnehmende Kränklichkeit, seine ganze Lage ward ihm aber ein Hindernis. Trotzdem begann er mit der vollendetsten Resignation im Herzen das Werk, um nachzuholen, was möglich sei.

Dieser hohe, innerste Zweck seiner schwindenden Tage breitete eine Verklärung, eine Heiligung über seine maßlosen Leiden, gab ihm ein Märtyrergefühl, das von keinem geahnt und empfunden, von Mit- und Nachwelt vergessen wurde und nur eine schwache Würdigung in diesen glanzlosen Zeiten, sicherer aber noch im Herzen des Künstlers findet, der weiß, was es heißt: hoffnungslos zu ringen und dennoch immerfort zu ringen.

„Wer nie sein Brot mit Tränen aß,
Wer nie die kummervollen Nächte
Auf seinem Bette weinend saß,
Der kennt euch nicht, ihr himmlischen Mächte.

Ihr führt ins Leben uns hinein,
Ihr laßt den Armen schuldig werden,
Dann überlaßt ihr ihn der Pein,
Denn alle Schuld rächt sich auf Erden!“

Alle bisherigen Anstrengungen des alten Musikers, um etwas zu schaffen, und das Geschaffene irgendwie an die Oeffentlichkeit zu bringen, waren fruchtlos.

Andererseits machte seine künstlerische Fähigkeit ihn zum Feinde und Verächter der jetzt in Berlin Mode gewordenen laxen Richtung der Musik, welche der mittelalterlichen Form, der alten dorischen Weise entwachsen, mit italienischem Geklingel und den Naturlauten der Buffonis verwebt, nach einer neuen Gestaltung rang, deren sie in dieser Aera nicht mehr fähig war.

Das ließ ihn leider den Berliner Musikern in unklug rauher Weise begegnen und verdarb ihm wieder wie gewöhnlich den Grund und Boden, von dem aus er streben wollte.

Andrerseits gab ihm die Hoffnungslosigkeit seines Strebens, die er in der Arbeit nie fühlte, in der Außenwelt, deren Abstand zu seiner eigenen Lage ihm mit jedem Pulsschlage klar wurde, eine zynische Ironie, mit der er alle die zermalmte, die sich ihm näherten.

Sicher wäre er damals in der Gesellschaft erschienen, wo Naumann die Baschische Sonate spielte, wenn er nicht gewußt hätte, daß Antonie da wohne. Ebenso wußte er sehr wohl, daß sie Witwe sei und ihn mit krankhafter Verzweiflung suchte, aber einesteils wäre er lieber gestorben, als sich, Friedemann Bach, im Elende finden zu lassen, anderenteils gewährte es seinem verbissenen Haß eine kitzelnde Rachewollust, sich ewig suchen und nie finden zu lassen.

Mit allem Aufwande seiner Klugheit verheimlichte er den Ort, wo er wohnte und sein Erscheinen glich nur einem schattenhaften Auftauchen aus der Menschenmasse, in deren Hefe er möglichst rasch wieder zurücksank. Um sein Leben zu fristen, spielte er in den Zelten in Moabit, bei Spiegelbergs, am liebsten in den verlorenen Spelunken, die vom Pöbel besucht wurden.

Daß er sich Naumann und Plümike entdeckt hatte, war in einem zwingenden Moment geschehen und mit ängstlicher Strenge suchte er sich des Stillschweigens dieser Männer zu versichern.

Plümikes Plan zur Oper kam ihm gerade recht, denn so weit aussehend die Arbeit auch war, bot sie ihm doch offenbar mehr Hoffnung und hatte bei Plümikes Stellung zu Döbbelin entschieden mehr Aussicht, veröffentlicht zu werden, als alle seine früheren Arbeiten.

In jeder Residenz gibt es Stadtteile, welche die sogenannte noble Welt nie betritt. Das sind die Arbeiterviertel, wo das Elend, das Tantalusringen nach Brot, die Schlechtigkeit, der Betrug, die geistige und leibliche Verkrüppelung der Menschen ihre Altäre aus Not, Lumpen und Tränen errichtet haben. Stadtteile, welche nur den Armenkirchhof, das Spital, das Zuchthaus oder die Irrenanstalt zur Perspektive haben.

Diesen Rang nahm damals und nimmt teils noch heute in Berlin die Stralauer-, besonders aber die Spandauer- und Königsvorstadt nebst dem Voigtlande ein und ein kurzer Spaziergang in Begleitung des Armenarztes oder Polizeidieners macht uns mit einer Menge fabelhafter Existenzen bekannt, von denen man in der sogenannten vornehmen Welt nicht die leiseste Ahnung hat. Eine dieser Gegenden, die Königsstadt, wollen wir betreten.

Im letzten Hause der Altstadt Berlin, rechts, ehe wir über die Königsbrücke nach dem Alexanderplatze gehen, wohnt der gewichtige Mann, der mit Haselnußstock und Ochsenkopf die Herde jenseits des Wassers in Schranken hält, der Polizeikommissär Wilke.

Seine dienstbaren Genien, die Polizeidiener Böttcher, Saltzmann und Krause, sind immer bereit, zum „Aufgreifen“ und haben die angenehme Stellung, von der Arbeiterbevölkerung gehaßt, von gewissen namenlosen Personen gespickt zu werden.

Gehen wir die Liniengasse westwärts hinab, so kommen wir links an ein enges Quergäßchen, das fast nur von Holzbaracken begrenzt wird. Dort in der Mitte der Straße links residiert ein Sargmacher, der „Nasenquetscher“ feil hat, in seinem Hause auf einer Dachkammer, mit einem stets betrunkenen Flötisten zusammen, wohnt Friedemann Bach.

Das ist die Aristokratie der Gegend. Schrägüber wohnt ein fettes altes Weib, Gütle-Lewin, die Jüdenhebamme. Rechnet man nun dazu den Chorus der Trödler, Kesselflicker, Hehler, Diebe und Buhldirnen, so hat man eine Szene, wie sie in Paris und London nicht ekelhafter und trauriger sein kann.

Seinem eigenen Hauswirt wie Stubengenossen unbekannt, kroch Friedemann täglich aus seinem Versteck und eilte zu Plümike.

Hier war sein Elysium, sein letzter Traum, seine Spätlingshoffnung, hier im hintersten Zimmer wuchs die Partitur der Oper.

Wie lange wird er noch früh und abends den weiten Weg tun, ehe die Palmen der Ehre und des Friedens ihm winken? — Die Oper Lasus und Lydie.

Es war eine eigentümliche Arbeit, nicht Oper, nicht Drama, eigentlich aber doch beides.

(Fortsetzung folgt.)

gebracht worden sind. Die Gesellschaft schlägt folgende Verteilung vor: 500 000 Mark (250 000 Mark im Vorjahre) Sonderabschreibung auf Gebäude und Maschinen, 250 000 Mk. (0) Zuweisung an die Sonderrücklage, 10 000 Mark (0) Rücklage für Außenstände, 250 000 Mark (0) für Neuanlagen, 100 000 Mark (0) für die Unterstützungskasse, 250 000 Mark (0) für die Kriegs- und Dispositionskasse, 35 000 Mark (20 000) für die Steuer und Erneuerungsscheine, 990 000 Mark für 21 Proz. (12,83 %) Dividende. — Wenn die übertriebenen Abschreibungen nicht gemacht worden wären, hätte die Zuckerfabrik Waghäusel in diesem Kriegsnotjahr über 50 Prozent Dividende verteilen können. Die Bilanz der Zuckerhandelsunion Hamburg beweist, daß diese Gesellschaft bei insgesamt 2 Millionen Mark Aktienkapital nicht weniger als **1 166 676 Mark** Verdienst hätte, gegenüber 23 458 Mark im Vorjahre, was einem Reingewinn von 60 Prozent gleichkommt. Infolge übertriebener Abschreibungen wurde der Dividendensatz aber auf 25 Prozent herabgedrückt. — Aber das Volk wartet vergebens auf vernünftige Zuckerpreise.

Gründung einer deutsch-türkischen Wirtschaftszentrale. Wie die „Frankfurter Ztg." zuverlässig aus Halle erfährt, beschloß die Deutsch-Türkische Vereinigung die Gründung einer Wirtschaftszentrale, welche die deutschen Kaufleute bei Anbahnung geschäftlicher Beziehungen mit der Türkei mit Auskunft und Rat unterstützen soll. Die Reichsregierung sicherte eine namhafte Beihilfe zu.

Aus der Partei.

Der Zentralbildungsausschuß versendet soeben sein neuntes Mitteilungsblatt. Es enthält Anregungen für die Bildungsarbeit im zweiten Kriegswinter. Besonders werden dafür wieder wie im vorigen Winter Lichtbildervorführungen in Frage kommen. Die Lichtbildervorführungsstelle des Zentralbildungsausschusses hat eine Reihe neuer und zeitgemäßer Serien zusammengestellt, durch die den Zuschauern und Hörern geographische und kulturgeschichtliche Kenntnisse über die vom Krieg betroffenen Länder vermittelt werden sollen. Hierzu gehören die Serien: Eine Reise durch die Balkanstaaten (bearbeitet von C. Legien), Indien, ein Stützpunkt der englischen Weltpolitik (C. Döring), Die Geographie Europas im Weltkriege (C. Döring), Die österreichische Adriaküste (L. Lessen), Im Südtiroler Grenzgebiet (E. Graf), Eine Reise nach Konstantinopel, Serbien und Albanien (H. Wendel). Die Märchenserien sind zu acht verschiedenen Zusammenstellungen vereinigt worden, von denen jede einzelne das Programm einer Veranstaltung für Kinder, wie sie besonders in den Wochen vor Weihnachten angebracht sind, füllt. Das Mitteilungsblatt enthält sodann noch eine Ergänzung des Jugendschriftenverzeichnisses, eine Anregung an die Ortsausschüsse, sich in Gemeinschaft mit den örtlichen Komitees vom Roten Kreuz durch Bildungsmaßnahmen der in Lazaretten und Genesungsheimen befindlichen Soldaten anzunehmen und den neunten Jahresbericht des Zentralbildungsausschusses über das Kriegsjahr 1914/15. Der Bericht, der wie in früheren Jahren das Ergebnis einer statistischen Erhebung ist, gewährt einen wertvollen Einblick in die Bildungstätigkeit der deutschen Arbeiter während des Krieges.

Französische Sozialisten gegen den Ministerialismus. In einem Artikel „Krise des sozialistischen Ministerialismus in Frankreich" berichtet das „Züricher Volksrecht" über Debatten, die im Föderationsrat des Seinedepartements stattgefunden; darnach führt der Abgeordnete Jean Longuet dort aus:

„Die Mitglieder der Parlamentsgruppe sind die Hündchen unserer Minister, und diese wiederum sind die Hündchen ihrer Kollegen. Schon seit sechs Monaten verschwendet unsere Fraktion ihre Kräfte für parlamentarische Kombinationen, die mit der Landesverteidigung nichts gemein haben. Von Kapitulation zu Kapitulationen schreitend, kamen wir so weit, daß wir jetzt allen Parteien zum Gespött dienen. Fragen, wie die der parlamentarischen Kontrolle, des Kriegsministeriums usw. kommen nicht von der Stelle. Die Gruppe hat in der Wahrungsfrage nichts geleistet, sie hat in der Frage der Kriegsbeschädigten nicht die Initiative ergriffen. Wir versumpfen und überlassen es anderen, unsere Arbeit zu vollbringen. Man kann sagen, daß selbst in der Zensurfrage das einzige republikanische Wort nicht von uns, sondern von Clemenceau ausgesprochen wurde. Dieser Zustand ist unhaltbar. Es ist notwendig, daß die Partei die Tätigkeit ihrer parlamentarischen Vertretung leite."

Ein anderer Redner, der Abgeordnete Renaudel, begann mit einer Verteidigung der Mitglieder der Parlamentsgruppe:

„Wir haben viel gearbeitet, wenn aber unsere Arbeit fruchtlos geblieben ist, so hängt das von den Methoden und Sitten der Parlamentsgruppe ab, in der die „großen Kanonen" die übrigen terrorisieren und Sembat alle verdächtigt". Sembat habe die Fälle der Erschießung russischer Kriegsfreiwilliger gelassen und nichts unternommen. Trotzdem wird die Mitarbeit fortgesetzt. Man belügt das Volk, verhöhnt und ermüdet die Partei. . . .

So kann es nicht weiter fortgehen. Die Föderation kann in der allernächsten Zeit der Tatsache gegenübergestellt werden, daß eine Anzahl Genossen die Fahnen der Disziplin durchbrechen, um die Wahrheit aussprechen zu können, denn diese Genossen sind der Ansicht, daß eine Mitarbeit im Ministerium eine Schwäche für unsere Partei bedeutet. . . ."

Der Prozeß gegen Jaurès' Mörder. In den Meldungen der französischen Presse von der neuerlichen Vertagung des Prozesses gegen Jaurès' Mörder, Raoul Villain, hatte die „Humanité" mitgeteilt, der Angeklagte habe zur Begründung seines Antrags angeführt, daß er sich nach Beendigung der Feindseligkeiten in der Lage sein müsse, das Mittel seiner Verteidigung rechtzeitig in Bewegung zu bringen. Die „Humanité" bemerkt dazu: Wir, die Familie und die Kinder Jaurès', noch seine Freunde werden diesem Antrage entgegenarbeiten. Auch wir sind der Ansicht, daß im Namen des Anstandes das Verbrechen dieses neue Opfer dem Burgfrieden gebracht werden kann, ja vielleicht gebracht werden muß. Wenn man den Zeitpunkt abwarte, in dem es nicht mehr möglich sein wird, Verbrechen zu ertragen, deren Entwicklung unter der jetzigen Umständen zum Wohl des Vaterlandes nur schädlich sein könnte, erst dann wird Jaurès' Blut gerächt werden können. Dann erst wird sich auch die Gerechtigkeit des Verstorbenen, der uns jetzt so sehr fehlt, im vollen Adel ihrer Persönlichkeit und ihrer ganzen Liebe zum Vaterland und zu der Menschheit vor uns aufrichten. Die Familie und die Freunde Jaurès' fügte die „Humanité" weiter hinzu, haben von sich aus eine Vertagung des Prozesses nicht veranlassen können, ohne den Vorwurf auf sich zu laden, daß sie die Untersuchungshaft des Angeklagten ungebührlich verlängern wollten. Vor einigen Monaten, als die Verteidigung des Angeklagten den Wunsch geäußert hatten, diesen provisorisch in Freiheit zu setzen, haben sich Jaurès' Familie als Zivilpartei geweigert, dazu Stellung zu nehmen. Jetzt aber, wo auch Villains Verteidiger auf diesen Vorteil verzichten und ihrerseits die Vertagung des Prozesses bis nach dem Krieg beantragen, erklärte die Familie darin nichts Unehrenhaftes und wurde der Sache der Gerechtigkeit mit Ruhe entgegensehen.

Der diesjährige Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie findet am 20. und 21. November in Aarau statt. Auf der Tagesordnung steht außer den üblichen Berichten des Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion ein Referat des Genossen Wullschleger über die Wirtschaftspolitik und die Finanzreform des Bundes. Die Frage der Bewilligung des Militärkredites soll nach einem Vorschlag des Parteivorstandes im Zusammenhang mit der Stellungnahme der Partei zum Militarismus auf einem Parteitag nach dem Kriege beraten werden. Es liegen ferner noch Anträge vor über Verpflegung und Bekleidung zum Heerwesen, über das Militärstrafrecht, über Volksinitiative, für das Frauenstimmrecht, über ein Schutzgesetz für Heimarbeiter, über Unterstützung der Jugendorganisation und über die Zimmerwalder Konferenz. Endlich beschäftigt sich eine Anzahl Anträge mit der Parteiorganisation des schweizerischen Grütli-Vereins.

Gewerkschaftsbewegung.

Mordprozeß gegen amerikanische Gewerkschaftsführer. Eine Aufsehen erregende Gerichtsverhandlung gegen sieben jüdische Gewerkschaftsführer fand in der ersten Oktoberwoche in Neuyork statt. Sie waren beschuldigt worden, einen Streikbrecher ermordet zu haben. Am 9. Oktober wurden sie unter dem Jubel der jüdischen Arbeiterschaft von den Geschworenen für nicht schuldig befunden und vom Oberrichter freigesprochen.

Kommunales.

Stadtverordnetenwahlen. In Görlitz wurden sieben ausgeschiedene sozialdemokratische Stadtverordnete ohne Wahlkampf wiedergewählt. — Der erste sozialdemokratische Stadtvertreter wird in Quedlinburg einziehen. Der Bürgerverein überläßt ein erledigtes Mandat unserer Partei. — Zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten in Wiesbaden ist eine Verständigung für die Stadtverordnetenwahlen auf der Grundlage zustande gekommen, daß den Sozialisten an Stelle der bisherigen vier Sitze im Stadtparlament fünf zugebilligt werden.

Soziales.

Mißliche Lage der Textilarbeiter in Sachsen. Die weitgehenden Einschränkungen im Textilgewerbe haben für die Arbeiter geradezu traurige Verhältnisse geschaffen. Hunderte von Betrieben wurden geschlossen, andere hatten nur ganz beschränkte Arbeitszeit. Während in den süddeutschen Staaten und hauptsächlich in Baden von uns bereits erwähnte mustergültige Unterstützungseinrichtungen getroffen wurden, ist es in Preußen und Sachsen noch schlimm bestellt. Bei den Konferenzen im sächsischen Ministerium wurden alle Vorschläge der Arbeiter fast ausnahmslos abgelehnt, ja, sie wurden nicht einmal einer eingehenden Würdigung für wert befunden. Aus allen bürgermeisterlichen und ministeriellen Aeußerungen heraus klang das Verlangen nach möglichster Niedrighaltung der Unterstützungssätze. „Der Reiz zum Arbeitsuchen darf nicht beeinträchtigt werden". „Unter keinen Umständen soll die Unterstützung den Lohn des Arbeiters überschreiten, sie soll niedriger sein". Daß die Gewerkschaften zur staatlichen Unterstützung finanziell beisteuern, hielt das Ministerium für selbstverständlich, denn: wer nicht mit ratet, soll nicht mit raten. Mindestsätze festzulegen, wie das in Süddeutschland geschah, wurde als unmöglich strikte abgelehnt. Das müsse in den Gemeinden oder Amtshauptmannschaften geschehen. Die Arbeiter sollen dabei überall gehört werden. Auch Unorganisierte zuziehen, wurde vorgeschlagen. Aber die Arbeitervertreter sind überall in der Minderheit, und wenn es wie im Landesausschuß geht, bleiben ihre Vorschläge unbeachtet. Wie es mit dem sozialen Verständnis in den Gemeindeverwaltungen aussieht, erkennt man aus den bisherigen Maßnahmen. Während die eine Gemeinde für eine dreiköpfige Familie wöchentlich 18 Mk. zum Leben für unbedingt notwendig hält, glaubt die andere, oft dicht daneben liegende Gemeinde, daß mit 8 Mk. genug getan sei. Und dabei zahlt das Reich 80 Prozent der Unterstützungen. An Unterstützungen werden gezahlt in Sachsen je nach Kinderzahl 9,70 Mk. bis 19,80 Mk. (bei 7 Kindern), während Baden 9,60 Mk. bis 26,20 Mark auswirft. Die Textilarbeiterverbände forderten 10 Mk. bis 25 Mk. Dagegen verhält sich die sächsische Regierung vollkommen ablehnend.

Kriegsteuerungszulagen in Württemberg. Mit Wirkung vom 1. November gewährt die württembergische Regierung den staatlichen Beamten und Unterbeamten mit einem Gesamteinkommen von weniger als 2100 Mk. Kriegsteuerungszulagen. Ledige und kinderlose Beamte sind ausgeschlossen. Die Zulage beträgt monatlich für ein Kind unter 16 Jahren 4 Mk., für zwei Kinder 6 Mk., für drei und vier Kinder 9 Mk., für fünf und sechs Kinder 12 Mk., für sieben oder mehr Kinder 15 Mk. Gleichzeitig ist die den Arbeitern der staatlichen Betriebe mit weniger als 1600 Mk. Jahreseinkommen bisher schon gewährte Teuerungszulage von monatlich 9—12 Mk. (je nach der Kinderzahl) dahin erweitert worden, daß sie in demselben Umfang wie den Beamten bis zu einem Jahreslohneinkommen von 2100 Mk. und je nach der Kinderzahl in Höhe von 4 bis 15 Mk. monatlich gewährt wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Zurückhalten für die Kundschaft. Die Frau eines Kaufmannes, die Kindern die Ueberlassung von Butter und Petroleum verweigert hatte unter der Angabe, daß sie diese Waren für ihre Kundschaft zurückhalten müsse, wurde vom Schöffengericht in Köln in eine Strafe von 50 Mk. genommen. Der Vorsitzende sagte in der Urteilsbegründung, daß jedes Ladengeschäft einem jeden, der den Laden betrete, Waren abzugeben habe, so lange Vorrat vorhanden sei. Einreden in bezug auf die „Kundschaft" seien nicht maßgebend. Wenn unbedingterweise ein Unterschied im Verkauf gemacht werde, so liege darin eine Zurückhaltung von Waren zur Erzielung eines übermäßigen Gewinnes. Gleichfalls wurde betont, daß nach dem Bekanntwerden dieser Entscheidung in gleichen Fällen auf Gefängnisstrafe erkannt werden würde.

Das Ende der Bürgermeisterhetze in Altenburg. Wir haben schon berichtet, in welcher Weise von einer einflußreichen Clique dem Bürgermeister Tell in Altenburg mitgespielt wird, weil er für nicht zu Willen ist. Jetzt hatte sich der Bürgermeister vor dem Schwurgericht in Gera wegen Verleitung zur Urkundenfälschung, sowie in derselben Sache der städtische Steuerkontrolleur Karl Wildgrube aus Altenburg zu verantworten. Die Angelegenheit liegt beinahe sieben Jahre zurück. Sie kam im August d. J. zur Kenntnis der Regierung, und Bürgermeister Tell wurde von seinem Amte einstweilen suspendiert. Tell wohnte in Altenburg mit seiner Schwester bei dem Hausbesitzer Jung. Die Wohnung gefiel ihm nicht und er wollte ausziehen. Dies erfuhr Jung und kündigte dem Bürgermeister für 1. April 1909. Am 26. März wollte Tell bereits die Wohnung verlassen; er glaubte, er brauche die Miete erst am 1. April zu bezahlen. Da erklärte ihm Jung, er müsse er die Miete bezahlen, sonst lasse er ihn nicht ausziehen. Der Bürgermeister hatte gerade in seiner Wohnung nicht so viel Geld, um augenblicklich die Miete zu bezahlen. Er hatte auf dem Rathause seine Barmittel unter städtischem Verschlusse. Da er nun ausziehen wollte, ging er zum städtischen Steuerkontrolleur Wildgrube und, in der Annahme, daß der Beamte wisse, daß der Bürgermeister seine Wertsachen in städtischer Verwahrung liegen hatte, veranlaßte er ihn, daß er eine Bescheinigung ausstellte, die dahin lautete: „Miete hinterlegt". Wildgrube hat entsprechend auch den städtischen Stempel unter die Bescheinigung gesetzt. Diese übergab der Bürgermeister dem Jung und nunmehr durfte er die Wohnung räumen. Am 1. April hat Jung ordnungsgemäß die Miete erhalten. Der Bürgermeister machte indes einen Abzug an der Miete, den Jung einzuklagen versuchte. Ueber die Angelegenheit gingen nun Jahre dahin. Erst als der Bürgermeister Tell sich im vorigen Jahre mit um die Oberbürgermeisterstelle in Altenburg bewarb, wurde jene Bescheinigung der Altenburger Regierung überreicht, die gegen Tell die einstweilige Suspendierung anordnete. Die Angelegenheit kam nunmehr vor das Schwurgericht. Es wurden eine Anzahl Zeugen vernommen, die einstimmig bekundeten, daß Bürgermeister Tell ein ausgezeichneter Beamter sei, und daß ihm selbst von gegnerischer Seite das beste Zeugnis ausgestellt werde. Tell selbst führte zu seiner Verteidigung an, daß er nicht der Meinung gewesen sei, daß er mit jener Bescheinigung eine amtliche Tatsache festgestellt habe. Es habe sich lediglich um eine reine Privatsache gehandelt. Wildgrube erklärte, er habe die Bescheinigung einfach geschrieben, weil es der Bürgermeister als Vorgesetzter verlangte; er habe sich nicht dabei gedacht, daß es sich um eine amtliche Urkunde handeln könnte. Senator Frenzel aus Altenburg, Mitglied des dortigen Stadtrats, bekundete als Zeuge, der Bürgermeister Tell sei ein Beamter, der weit über das Durchschnittsmaß aller bisher dagewesenen Beamten hinausrage und der sich bei seinen Handlungen lediglich vom Interesse der Gemeinde habe leiten lassen. Dabei sei es natürlich nicht zu vermeiden gewesen, daß er die Feindschaft verschiedener Interessengruppen in Altenburg hervorrief, die ihn zu Falle bringen wollten. Der Staatsanwalt plädierte für schuldig. Die Geschworenen verneinten indes sämtliche Schuldfragen und so erfolgte die Freisprechung der beiden Angeklagten.

Stiefkinder-Martyrium. Vor dem Düsseldorfer Schöffengericht hatte sich die Ehefrau des Fabrikarbeiters Friedrich Eisenkremer wegen fortgesetzter schwerer Mißhandlungen ihrer zehn und sechs Jahre alten Stiefkinder Erich und Albert Eisenkremer zu verantworten. Ueber die grausame Behandlung der Stiefkinder machten die in großer Zahl erschienenen Zeugen unter anderm übereinstimmend folgende Auslagen: Bei jeder sich bietenden Gelegenheit seien die Stiefkinder mit dem Stocheisen, einem dicken Strick oder mit der Fußbank blutig geschlagen worden. Dabei hätten die Kinder Hunger leiden müssen und oft vor Hunger gejammert. Im Sommer mußte der Kleinste sich in den Wiesen aufhalten und im Winter soll ihn die Stiefmutter in dem kalten Speicherzimmer eingeschlossen haben. Eine der Zeuginnen wollte gesehen haben, wie ein Stiefkind an den Haaren mehrere Male durch das Zimmer gezogen wurde. An dem Tage sei das Kind der Angeklagten mit Butter und Milch sehr gut gespeist worden, dagegen hätten die Stiefkinder sich mit Wasser und Salz zufrieden geben müssen. Als Sachverständiger äußerte sich der Armenarzt Dr. Köster über den körperlichen Befund des Stiefkindes Albert. Ein derart schrecklich abgemagertes Kind könne er schlecht beschreiben. Auf dem Kopf waren zahlreiche, bis sechs Zentimeter lange Wunden, welche unmöglich von Geschwüren herrühren konnten. Die Beine waren blutunterlaufen. Gesicht und Rücken voller blauer und gelber Flecken. Die Abmagerung ist auf keinen organischen Fehler, sondern auf zu wenig und zu schlechtes Essen zurückzuführen gewesen. Die Angeklagte wollte die Stiefkinder nicht mißhandelt, sondern nur für die fortgesetzten Verunreinigungen der Betten und wegen Stehlens gezüchtigt haben. Es handelte sich um die dritte Frau des Arbeiters. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

An den Pranger. Der Polizeipräsident von Berlin gibt bekannt: Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915, betreffend Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel (Reichsgesetzblatt S. 603), in Verbindung mit Ziffer 1 der Ausführungsbestimmungen des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 27. September 1915 habe ich dem früheren Grundstücks- und Hypothekenvermittler Michael Katzenstein hierselbst, Charlottenstraße 31, durch Verfügung vom 3. November den Handel mit Nahrungsmitteln wegen Unzuverlässigkeit in bezug auf diesen Handelsbetrieb untersagt.

Ein folgenschweres Eisenbahnunglück bei Barmen. Gestern gegen 2 Uhr nachmittags wurden im Tunnel zwischen Farmen-Loh-Barmen und Heubruch sieben Oberbauarbeiter beim Ausweichen vor Zug GZ 7644 vom Zug GZ 7631 überfahren. Ein Arbeiter wurde sofort getötet, zwei schwer und vierleicht verletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Schlagwetter-Katastrophe auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser". Auf Zeche 3—7 der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" in Hamborn ereignete sich eine lokale Schlagwetter-Explosion im Flötz 12 auf der 5. Sohle, bei der **19 Bergleute zu Tode kamen.** Zwei Bergleute wurden schwer und fünf leicht verletzt. Die Verunglückten und die Verletzten sind sämtlich geborgen. Jede weitere Gefahr ist beseitigt. Die übrigen Grubenbauten sind durch die Explosion nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Eine Million Mark unterschlagen. Bei dem Schaaffhausenschen Bankverein in Köln sind größere Unregelmäßigkeiten entdeckt worden, die durch das Zusammenarbeiten eines seit zehn Jahren bei dem Bankverein tätigen Vorstehers, des Kassierers einer Depositenkasse, und zweier dort beschäftigt gewesener Angestellter ermöglicht worden sind. Wie festgestellt wurde, sind alle in Frage kommenden Bücher sowie die Belege und Revisionsunterlagen gefälscht. Der Schaden dürfte etwa 1 Million Mark betragen.

Amtliche Bescheinigung der Vaterlandsliebe. Wie bekannt, besteht gegenwärtig an der sächsisch-böhmischen Grenze strenge militärische Ueberwachung. Nun teilt ein dort erscheinendes Blatt folgenden Vorfall mit: Die Strecke Warnsdorf—Reichenberg führt über sächsisches Gebiet. Das Stadtamt Warnsdorf stellt den Einwohnern Ausweise zur Grenzüberschreitung aus. Letzthin wurden nun die Besitzer dieser Ausweise zur Grenzüberschreitung von revidierenden (sächsischen) Landstürmern zum Aussteigen veranlaßt, weil auf den Ausweisen die Bestätigung fehlte, daß der Besitzer sein Vaterland liebe!! Die peinlich überraschten Leute wurden dann durchsucht und konnten, wenn sie nicht verdächtig erschienen, weiter- oder zurückfahren. — Die Forderung einer amtlich bestätigten Vaterlandsliebe ist immerhin bemerkenswert.

Explosion einer Höllenmaschine. In einer Straße in Bukarest explodierte eine Höllenmaschine. Sie war wohl verpackt einem Dienstmann übergeben worden mit dem Auftrag, das Paket, dessen Inhalt der Dienstmann nicht kannte, an den Seminarprofessor Janculescu zu bestellen. Auf dem Wege dahin ließ der Dienstmann das Paket aus Versehen fallen, wodurch eine Explosion hervorgerufen wurde. Der Dienstmann wurde schwer, ein junger Mann, der gerade vorbeiging, leicht verletzt. Schon tags vorher war bei dem genannten Professor ein Dienstmann mit einem Paket erschienen, dem ein Brief beigegeben war, in dem der Empfänger gewarnt wird, das Paket zu öffnen, sonst sei er verloren. Tatsächlich stellte der Professor das Paket dem Ueberbringer schleunigst zurück. Man nimmt an, daß der Versuch eines persönlichen Racheakts vorliegt. Die Behörde leitete unverzüglich eine Untersuchung ein.

Fettersparnis auf Kosten der Landarbeiter. Um den Verbrauch von Fetten einzuschränken, hat der Kommandierende General des 17. Armeekorps folgende Verfügung erlassen: „Es ist dringend erforderlich, den Genuß von Speisefett aller Art noch weiter einzuschränken, um einem etwaigen Mangel vorzubeugen. Ich bestimme deshalb auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 für den Bereich des 17. Armeekorps für die Dauer des Kriegszustandes: 1. Sämtliche Empfänger von Deputat in Stadt und Land dürfen das ihnen vertraglich zustehende Deputat an Butter, Schmalz oder Speisefett nur noch in Höhe von 50 vom Hundert erhalten. 2. Die in Deputat stehenden Saisonarbeiter dürfen von jetzt ab nur noch 25 Gramm Fett für den Tag und den Kopf erhalten. 3. An Stelle der wegfallenden Fettmengen sind die Deputatempfänger durch Geld oder durch Gewährung von Marmelade, Mus, Honig oder Sirup zu entschädigen. Zuwiderhandlungen gegen die Verbote zu 1 und 2 sowie die Aufforderung oder Anreizung zu solchen Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft." — Die Verordnung trifft besonders die Landarbeiter, deren Lohn in der Hauptsache aus Deputat besteht.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.